

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 8. November 2007, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Werner Wunderlin, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 46 (bis 19.45 Uhr 45)
Mitglieder des Gemeinderates: 6
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
Franz Hard, Schulpflegepräsident
Urs Heimgartner, Leiter Bau- und Planungsabteilung

Gäste:

Regula Schneider, Metron AG
Raoul Laimberger, Metron AG
Thomas Spengler, Direktor der Sport- und Freizeitanlagen Schaffhausen

Protokoll: Sibylle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt Markus Bader, Mitglied des Einwohnerrates, SVP
Pius Benz, Mitglied des Einwohnerrates, SVP (verspätet)
Stephan Frey, Mitglied des Einwohnerrates, CVP
Susanne Rudolf von Rohr, Einwohnerrätin, CVP
Markus Widmer, Mitglied des Einwohnerrates, FDP

Felix Feiner, Gemeinderat

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 18. Oktober 2007
 2. Reglement über den Erwerb des Gemeindebürgerrechts der Gemeinde Wettingen; Antrag auf Ausserkraftsetzung
 - 3.1 Einbürgerung; Abazi Adelina, geb. 15. Oktober 1990, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Lindenhof 1
 - 3.2 Einbürgerung; Carmo Duarte Davide, geb. 9. Januar 1991, portugiesischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 47
 - 3.3 Einbürgerung; Epifanio Ferdinando, geb. 11. Juli 1963, Epifanio Cosima, geb. 14. März 1989, und Epifanio Alex, geb. 24. August 1993, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Attenhoferstrasse 9
 - 3.4 Einbürgerung; Pavlovic Aleksandar, geb. 27. Mai 1976, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 82

- 3.5 Einbürgerung; Radivojevic Rajko, geb. 18. Dezember 1990, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Margelstrasse 19
- 3.6 Einbürgerung; Sevimli Cemal, geb. 15. Juli 1961, Sevimli Necati, geb. 1. August 1995 und Sevimli Elif, geb. 21. Januar 1997, alle türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alb. Zwyszig-Strasse 41
4. Machbarkeitsstudie Tägerhard; Bericht und Antrag betreffend das weitere Vorgehen
5. Antrag zur Schaffung einer Kommunalen Koordinations- und Informationsstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit und Nachtragskreditbegehren von Fr. 76'700.00
6. Motion Dr. Charles Meier vom 28. Juni 2007 betreffend Anpassung der Entschädigung des Einwohnerrates (kein Antrag des Gemeinderates)
7. Auflösung Gemeindeverband Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung Bezirk Baden
8. Auflösung Gemeindeverband Schulpsychologischer Dienst Bezirk Baden

0. Mitteilungen

0.a Rücktritte

Mit Schreiben vom 30. Oktober 2007 erklärt Eva Lanz, FDP, ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende 2007. Ebenfalls per Ende 2007 erklärt Stephan Preisch, SP, mit Schreiben vom 8. November 2007 seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat.

Mit Schreiben vom 1. November 2007 erklärt Andreas Erni seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende November 2007. Andreas Erni ist am 23. Januar 2003 in den Einwohnerrat eingetreten und fungierte als Stimmzähler der Fraktion EVP/Forum5430 in den Amtsjahren 2004/2005. Der Einwohnerratspräsident dankt ihm für seine Tätigkeit zum Wohle der Gemeinde und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg.

0.b Sitzungsdaten 2008

24. Januar	4. September
13. März	16. Oktober
15. Mai	13. November
26. Juni	11. Dezember

1. Protokoll der Sitzung vom 18. Oktober 2007

Das Protokoll der Sitzung vom 18. Oktober 2007 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

2. **Reglement über den Erwerb des Gemeindebürgerrechts der Gemeinde Wettingen; Antrag auf Ausserkraftsetzung**

Andreas Rufener, Präsident Geschäftsprüfungskommission: Aufgrund der neuen eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung legt nicht mehr der Einwohnerrat, sondern der Gemeinderat die Einbürgerungsgebühren fest. Wir haben im Juni eine entsprechende Gesetzesänderung an der Urne angenommen. Der Gemeinderat hat nun ein entsprechendes Gebührenreglement erarbeitet, in welchem die neuen Einbürgerungsgebühren festgelegt sind. Das bisherige Reglement findet schon seit längerer Zeit keine Anwendung mehr, weil seit dem 1. Januar 2006 nur noch kostendeckende Gebühren erhoben werden. Ich bitte Sie daher, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und dieses Reglement ausser Kraft zu setzen.

Dr. Charles Meier: Ich stelle fest, dass wir zum neuen Reglement nichts zu sagen haben. Dies zeigt, dass die Gemeinden vom Kanton immer mehr geknechtet werden.

Ich habe zwei Fragen: 1. Wer legt die Kosten des Einbürgerungsverfahrens fest? 2. Was kann die Gemeinde machen, wenn die vom Kanton vorgeschriebenen Ansätze nicht ausreichen?

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Diese beiden Fragen haben wir uns auch gestellt. Die Vorgabe vom Kanton lautet, dass die Verwaltungsaufwendungen gedeckt werden müssen. Ich habe von den letzten 5 Einwohnerratssitzungen, an denen Einbürgerungsgesuche behandelt wurde, die Gebühren nach dem alten und dem neuen Reglement miteinander verglichen. Nach alten Reglement ergibt sich eine Durchschnittsgebühr Fr. 475.00; nach dem neuen Reglement ergeben sich Durchschnittsgebühr von 650.00. Wir haben im Jahr 2005 den Verwaltungsaufwand erhoben. Die Verwaltungsaufwendungen beinhalten die Tätigkeiten der Sachbearbeiterin, die Kontrolle der Gesuche, das Erstellen der Traktandenberichte, den Aufwand der Einbürgerungskommission etc. Ein Einbürgerungsgesuch verursacht Kosten in der Höhe von Fr. 500.00 - Fr. 600.00 pro Person. Das neue Reglement sind eine klare Unterscheidung zwischen erwachsenen und minderjährigen Personen vor. Zur zweiten Frage: Im neuen Reglment steht, dass wenn der Aufwand ausserordentlich zunimmt, die Einbürgerungsgebühr um 100 % erhöht werden kann.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit grosser Mehrheit folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Das Reglement über den Erwerb des Gemeindebürgerrechtes der Gemeinde Wettingen vom 17. März 1994 wird per 31. Oktober 2007 ausser Kraft gesetzt.

3. **Einbürgerungen**

3.1 **Einbürgerung; Abazi Adelina, geb. 15. Oktober 1990, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Lindenhof 1**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 37 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

3.2 Einbürgerung; Carmo Duarte Davide, geb. 9. Januar 1991, portugiesischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Landstrasse 47

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 37 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert

3.3 Einbürgerung; Epifanio Ferdinando, geb. 11. Juli 1963, Epifanio Cosima, geb. 14. März 1989, und Epifanio Alex, geb. 24. August 1993, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Attenhoferstrasse 9

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 37 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert

3.4 Einbürgerung; Pavlovic Aleksandar, geb. 27. Mai 1976, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 82

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 37 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert

3.5 Einbürgerung; Radivojevic Rajko, geb. 18. Dezember 1990, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Margelstrasse 19

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert

3.6 Einbürgerung; Sevimli Cemal, geb. 15. Juli 1961, Sevimli Necati, geb. 1. August 1995 und Sevimli Elif, geb. 21. Januar 1997, alle türkische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alb. Zwyszig-Strasse 41

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 37 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert

4. Machbarkeitsstudie Tägerhard; Bericht und Antrag betreffend das weitere Vorgehen

Eintreten

Das Eintreten wird nicht bestritten und stillschweigend genehmigt.

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Im Jahre 1974 wurde das tägi in Betrieb genommen. Das tägi war für die damalige Zeit ein sehr grosszügiges und multifunktionales Sport- und Erholungszentrum. 1992 wurde dieses mit einer Spiel- und Sporthalle ergänzt. Die Anlagenkosten im Jahre 1974 betragen rund Fr. 27 Mio., die Sporthalle kostete rund Fr. 14 Mio. Heute weist das mittlerweile über 30 Jahre alte tägi zum Teil erhebliche bauliche und betriebliche Mängel auf. Das tägi ist sanierungsbedürftig, insbesondere läuft die Bewilligung für den Betrieb der Eissportanlage auf die Saison 2010/2011 aus. Das tägi verursacht heute Nettokosten von rund Fr. 1.2 Mio. pro Jahr.

Die Finanzkommission dankt dem Gemeinderat für die überaus informative und professionelle Vorlage. Die Machbarkeitsstudie selbst ist sehr umfassend, zudem hat die Möglichkeit bestanden, den zuständigen Gemeinderat, Dr. Markus Dieth, und den Leiter der Bau- und Planungsabteilung Urs Heimgartner im Rahmen von Fraktionssitzungen mit verschiedenen Fragen zu konfrontieren. Von diesem Angebot wurde rege Gebrauch gemacht und dient letztlich auch dazu, dass heute wohl alle Anwesenden über einen sehr hohen Wissensstand verfügen. In diesem Sinne hat die Finanzkommission von der Machbarkeitsstudie tägi Kenntnis genommen.

Einwohnerratspräsident: Ich unterbreche hier den Präsidenten der Finanzkommission. Ich wurde vor der Sitzung informiert, dass die SVP eine Reihe von Anträgen stellt, welche dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Vorgehen widersprechen. Es ist daher sinnvoll, wenn diese Anträge nun gestellt werden.

Dr. Charles Meier: Die SVP möchte zuerst über das Eintreten reden, Thomas Bodmer wird unsere Haltung vertreten. Sobald das Eintreten beschlossen ist, werde ich die Anträge vorbringen und allen Einwohnerräten schriftlich abgeben.

Einwohnerratspräsident: Das Eintreten war vorhin nicht bestritten und ist deshalb beschlossen. Es ist nun über die Anträge der SVP zu informieren.

Thomas Bodmer: Ich werde nun dennoch die Ausführungen zum Eintreten vorbringen. Wir von der SVP verstehen die Technik nicht, die der Gemeinderat bei diesem Geschäft an den Tag legt. Wir haben erst gerade die Machbarkeitsstudie erhalten und schon will der Gemeinderat einen Schritt weitergehen und weitere Kosten auslösen mit einem Architekturwettbewerb, bevor grundlegende Fragen über den Leistungsumfang diskutiert worden sind.

Das Projekt ist von einer Art Grössenwahnsinn geprägt. Es soll hier die mit Abstand grösste Sportanlage im Grossraum Zürich erstellt werden und dies in einer Gemeinde mit 18'000 Einwohner. Wir reden bei diesem Projekt gesamthaft von Kosten von rund $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{4}$ unseres Steuerertrages für die nächsten 25 Jahre. Zum Zeitpunkt 0, also heute, sieht das Projekt Kosten von über Fr. 120 Mio. verteilt über mehrere Etappen vor, wenn alles berücksichtigt wird inkl. Verlegung Landhockeyplatz und Altenburgstadion. Natürlich gibt es gewisse Komponenten, die sich selber finanzieren, beispielsweise wenn das Altenburgquartier mit Wohnungen überbaut wird. Aber trotzdem reden wir heute von einem Projekt von Fr. 130 Mio. Dazu muss ich die letzten 35 Jahre rekapitulieren lassen.

Wir haben uns von der Finanzverwaltung die Kosten zusammenstellen lassen, welche uns das tägi in den vergangenen 33 Jahren (1974 - 2005) verursacht hat. Gesamttotal der Kosten Fr. 84'222'208.00, ursprünglichen Investitionen von Fr. 27'686'949.00. Das tägi verursachte deshalb bisher die dreieinhalbfachen Kosten der ursprünglichen Investitionskosten. Das Büro Metron kommt auf Seite 101 ihres Berichtes "Belastung in Steuerprozenten" zum Schluss, dass die bisherige Anlage die Gemeinde mit 0.67 Steuerprozentpunkten belastet. Diese Schlussfolgerung ist interessant, wenn man bedenkt, dass alleine die jährlichen Betriebsdefizite sowie die Bau- und Ersatzinvestitionen, von denen kein Franken abgeschrieben wurde, sich auf jährlich Fr. 1.4 bis 1.6 Mio belaufen. Deshalb kann ich die Berechnung der Metron nicht nachvollziehen. Wenn die von der Finanzverwaltung ausgewiesenen Kosten von Fr. 84 Mio. auf die 33 Jahre verteilt, gibt dies pro Jahr knapp Fr. 3 Mio. Kosten. Dies sind, wenn man mit der heutigen Steuerkraft rechnet, ca. 7 Steuerprocente, die uns das tägi bisher pro Jahr gekostet hat. Wenn wir berücksichtigen, dass 1974 der Steuerertrag ca. die Hälfte oder einen Drittel von heute betrug, kommt man zum Schluss, dass das tägi uns bisher zwischen 9 und 12 Steuerprocente gekostet hat. Im Schnitt kostet uns das tägi rund 10 Steuerprocente im Jahr.

Natürlich haben wir in den letzten 10 Jahre nicht jedes Jahr 10 Steuerprozent ausgegeben. In den letzten 10 Jahren wurden lediglich 5 Steuerprozent ausgegeben. Es ist klar, dass nun natürlich die Kosten für die Ertüchtigung des Bestandes nach oben gehen. Im Budget weisen wir jedes Jahr im Umfang von 10 und 15 Steuerprozent Überschüsse aus. Im letzten Jahr erzielten wir Fr. 7 Mio. Davon werden wir künftig immer 5 Steuerprozent benötigen, um das tägi im heutigen Zustand zu erhalten.

Die läppischen 2 Steuerprozent, die wir dem Bürger nun schenken wollen, lassen immer noch genügend Spielraum offen. Die Konsequenzen für den Steuerfuss lassen sich ausrechnen. Alleine die neue Eishalle kostet ca. 5 Steuerprozent. Berücksichtigen wir die Folgekosten, kostet uns die Eishalle sicher mehr als 5 Steuerprozent. Die Traglufthalle kostet ebenfalls nochmals 1 Steuerprozent. Der Bahnhof löst Folgekosten von mehreren Steuerprozent aus. Es ist jedoch fraglich, ob dieser wirklich realisierbar ist. Wenn jeder nur 5 Minuten laufen muss, bis er die ganze Tägerhardanlage durchquert hat, kann er gerade so gut den Wettinger Hauptbahnhof benutzen. Mit dem Hotel schenken die Steuerzahler den Sportler und sonstigen Benutzer des tägi 2 bis 4 Steuerprozent. Realistisch gesehen wird es schwierig sein, das Hotel kostendeckend zu betreiben. Die Qunitesen. Heute wird über 20 Steuerprozent oder Ausgaben von über 130 Mio. entschieden.

Mir fällt dazu der Vergleich mit der grössenwahnsinnigen Gemeinde Leukerbad ein. Spekulanten und Bauunternehmen, die das Gefühl hatten, wenn wir ein Päckli machen und viel investieren kommt das gut. Wie es ausgegangen ist, wissen wir alle. Ich bin überzeugt, dass wir in ein Debakel reinlaufen. Die SVP stellt daher verschiedene Anträge, um die Meinungsbildung zu fördern, bevor euphorisch über künftige Ausgaben entschieden wird. Ich gebe nun das Wort an Charles Meier. Er wird die Anträge der SVP begründen.

Dr. Charles Meier: Die Anträge der SVP werden den Mitgliedern des Einwohnerrates schriftlich verteilt. Die Anträge des Gemeinderates verursachen Investitionen von Fr. 130 Mio. Solche Ausgaben können zwangsläufig nur mit Fremdkapital finanziert werden. Deshalb wirft die SVP verschiedene Fragen auf, beispielsweise zu den Landkosten, zum Bau- und Planungsrecht, zum Kostendeckungsgrad etc. Die SVP stellt folgende **Anträge**:

1. Der Gemeinderat unterbreitet dem Einwohnerrat nach Konsultation der Finanzkommission einen Vorschlag, welche Kostendeckungsgrade in Zukunft bei den bereits vorhandenen Anlagen/Bestand (Saal, Restaurant, Hallenbad, Gartenbad, Personalhaus, Eisbahn, Mehrfachturnhalle) und bei den geplanten Erweiterungen (2. Eisfeld, Mehrzweckhalle, Hotel, Kletterhalle etc.) verlangt werden.
2. Der Gemeinderat lässt auf dieser Grundlage die jährliche Belastung der Verwaltungsrechnung und die Auswirkungen auf den erforderlichen Steuerfuss berechnen. Zu diesem Zweck lässt er mittels eines Finanzprognose-Modelles ein Budget der Verwaltungsrechnung für die Jahre 2009 bis 2018 erstellen.
3. Der Gemeinderat lässt die voraussichtlichen Kosten der Bestandessanierung gemäss Variante 1 (Eisfeld, Tribüne+Dach, Personalhaus) durch eine in Grossrenovierungen erfahrene und politisch unabhängige Facility-Management-Firma oder Generalunternehmung mit einem Genauigkeitsgrad von plus/minus 10 % ermitteln (anstelle der vorliegenden Grobkostenschätzung). Eine analoge vertiefte Kostenberechnung wird für die Varianten 2 und 3 inkl. Optionen veranlasst.

4. Der Gemeinderat klärt im Kontakt mit den betroffenen Grundeigentümern inkl. Ortsbürgergemeinde die zu erwartenden Landkosten (Erwerbskosten bzw. Baurechtszinsen) für die geplanten Erweiterungen (Baufelder E, F, G und H) ab und bezieht diese Kosten der unter 2. verlangten Finanzprognose ein.
5. Der Gemeinderat lässt die geplanten - über den bestehenden Bestand hinausgehenden - Erweiterungen vom Kanton bezüglich aller relevanten Aspekte (Zonenerweiterung, Grundwasserschutz, Erschliessung) vorprüfen.
6. Nach Durchführung der Planungsschritte 1. bis 5. verhandelt der Gemeinderat mit den Nachbargemeinden der Region über eine Beteiligung an den Investitions- und Betriebskosten der bestehenden Anlage und der geplanten Erweiterungen.
7. Der Gemeinderat lässt auf der Grundlage der Schritte 2 - 5 ein Raumprogramm und ein Pflichtenheft erarbeiten, das als Basis für die vorgesehenen Architekturwettbewerbe dient. Soweit aus Dringlichkeitsgründen erforderlich stellt der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen separaten Kreditantrag für die technische Sanierung der bestehenden Eisanlagen oder verhandelt mit dem Kanton über eine Fristerstreckung.
8. Der Gemeinderat unterbreitet dem Einwohnerrat eine Kreditvorlage für die Planungsschritte 1 bis 7 bis spätestens per Ende 1. Quartal 2008.

Thomas Meier: Um was geht es heute beim Traktandum Machbarkeitsstudie tägi. Es ist natürlich mehr, als nur das zur Kenntnis nehmen einer Studie. Aber es geht auch noch nicht um den Detaillierungsgrad eines Baukredites zu verabschieden. Heute müssen durch den Einwohnerrat Weichen gestellt werden und heute müssen vor allem Fragen klar beantwortet werden.

Es ist berechtigt sich zu fragen, ob wir als Einwohnerrat heute überhaupt bereit sind, diese Fragen beantworten zu können? Gemäss dem Fraktionsbericht mahnt uns die SVP, kühlen Kopf zu bewahren, und nicht völlig unvorbereitet und übereifrige Entscheide zu fällen. Dies erstaunt doch sehr:

Die Zukunft des Tägi ist schon lange ein Thema. Jede Partei hatte mehr als genügend Zeit, wenn sie das wollte, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Vor knapp 3 Jahren wurde die Begleitkommission ins Leben gerufen. Jede Partei, selbst die SVP, ist in dieser Kommission direkt vertreten. Heute liegt ein über 100seitiger Bericht vor. Dieser ist ausführlich, gut verständlich und übersichtlich dokumentiert. Wer sich mit dem Thema befassen will, kann dies dank dieser Studie problemlos tun. Der Bericht wurde rechtzeitig zugestellt, nicht erst vor wenigen Tagen, so dass jede Fraktion ausreichend Zeit hatte, sich mit ihm zu befassen. Gemeinderat und Verwaltung haben mehrmals angeboten, den einzelnen Fraktionen für Fragerunden zur Verfügung zu stehen. Ich weiss nicht, welche Fraktion von diesem Angebot Gebrauch gemacht haben. Ich weiss nur, dass die SVP dieses Angebot ablehnte, notabene 2 Stunden vor dem abgemachten Termin (soviel zum Thema Anstand). Eine gemeinsame Infoveranstaltung mit allen Fachleuten der Studie fand ebenfalls statt.

Kurzum, es wurde alles gemacht, damit wir heute hier im Einwohnerrat umfassend informiert sind, sämtliche Fragen, die heute entscheidend sind, konnten geklärt werden und entsprechend bereit sind, um die politischen Weichen zu stellen.

Es liegt nun heute an uns als Einwohnerrat, Farbe zu bekennen, und dem Gemeinderat einen klaren Auftrag zu geben, in welche Richtung es mit dem Tägi weitergehen muss, damit der Gemeinderat und die Verwaltung weitere Abklärungen tätigen können.

Wer dies heute nicht tun will oder kann, ist einzig auf Obstruktion aus und zeigt das unvorteilhafte Bild einer langsamen, überforderten oder destruktiven Politik.

Heute müssen folgende Fragen beantwortet werden:

- Soll das Sport- und Erholungszentrum Tägerhard für die Bevölkerung weiterhin zumindest im heutigen Stand zur Verfügung stehen, oder planen wir einen Teil- oder Totalrückbau? Diese Frage können wir heute klar beantworten.
- Soll im Tägi weiterhin Eissport angeboten werden? Diese Frage können wir heute klar beantworten.
- Welche der 3 Varianten im Eisbereich soll weitergeplant werden? Diese Frage können wir heute klar beantworten.
- Welche modularen Optionen sollen in der weiteren Planung weiter berücksichtigt werden, und welche sollen bereits heute als definitiv unnötig gestrichen werden? Diese Frage können wir heute klar beantworten.
- Welche Möglichkeiten für eine mittel- und langfristige Planung sollen heute offen gehalten werden, oder aber definitiv verunmöglicht werden? Diese Frage können wir klar beantworten.

Die CVP ist bereit, heute zu all diesen Fragen klare und konkrete Antworten zu geben. Wir sind gerne bereit, inhaltlich über all diese Fragen zu debattieren und in einer guten politischen Streitkultur die eigenen Positionen zu vertreten. Es ist richtig und absolut verständlich, dass bei einem solch grossen Vorhaben, nicht alle politischen Parteien gleicher Meinung sind. Das Volk hat aber das Recht, heute klar zu erfahren, wer welche Meinung vertritt.

Wer heute dazu nicht bereit ist, hat entweder seine Hausaufgaben als Volksvertreter nicht erfüllt oder aber betätigt sich bewusst als Brunnenvergifter.

Die CVP ist für Eintreten und lehnt die SVP Anträge ab.

Dr. Charles Meier: Wir lassen uns den Vorwurf nicht gefallen, wir hätten die Unterlagen nicht studiert. Wir haben den Bericht gelesen und verstehen ihn auch. Wir sind aber mit dem vorgeschlagenen Vorgehen nicht einverstanden. Es muss zuerst grundsätzlich über die vorgesehenen Ausgaben diskutiert werden und diese Diskussion hat vorgängig stattzufinden. Es macht keinen Sinn, vorgängig einen Wettbewerb zu machen, ohne das bestimmte Fragen mit dem Kanton oder anderen Gemeinden und Investoren geklärt sind.

Gemeinderat Dr. Markus Dieth: Ich stelle fest, dass wir bisher etwas aneinander vorbeigeredet haben. Es geht aber nicht darum, dass die einen den Sachverhalt nicht verstehen wollen oder können, sondern dass es verschiedene Sichtweisen gibt. Deshalb ist es ganz klar, dass die einen eher eine ablehnde Haltung einnehmen und die anderen eher offen sind. Es erscheint mir wichtig, dass wir diese unterschiedlichen Haltungen akzeptieren.

Der Einwohnerrat hat im Herbst 2006 einen Kredit von 165'000.00 gesprochen für die Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie in Bezug auf die künftige Nutzung und deren Investitionen für das tägi. Der Gemeinderat hat daraufhin die Firma Metron beauftragt, diese Studie zu erarbeiten und das Resultat liegt heute vor. In der Studie werden verschiedene Punkte etwas anders dargestellt, als dass sie heute erwähnt wurden. Beispielsweise geht es heute nicht darum, die Kosten für eine weitere Planung zu sprechen. Der Gemeinderat hat anhand von Pflichtenheften den Auftrag gegeben, verschiedene Möglichkeiten betreffend die Zukunft des tägi abzuklären. Beispielsweise müssen wir im Bereich des Eisfeldes etwas unternehmen. Dabei wäre auch der Abbruch eine Variante. Der Gemeinderat wollte mit dieser Studie abklären lassen, welche verschiedenen Varianten möglich sind. Die Planung umfasst einen langfristigen Horizont, damit nicht in 10, 20 Jahren die Einsicht kommt, hätten wir doch dazumal beispielsweise die Zentralisierung aller Sportanlagen im tägi in Betracht gezogen. Mit der Studie sollen Platzhalter geschaffen werden, um künftige Investitionen nicht zu verbauen. Die Studie soll aufzeigen, was realistisch und machbar ist.

Aus den verschiedenen Voten habe ich entnommen, dass es um die Prioritätensetzung ging, also um die Unterscheidung zwischen wünschbar und finanziell machbar. (Zitatbeginn) "..., wobei zwischen Wünschbarem gemäss Wunschlisten der Vereine und Machbarem gemäss Finanzkraft der Gemeinde zu unterscheiden ist. Aus unserer Sicht sollte sich ein Ausbau auf das Projekt einer Eishalle beschränken, wobei nach Möglichkeit eine Mehrzwecknutzung wie biser (Tennis im Sommer, Eisfeld im Winter) anzustreben wäre. [...] Ob Wettingen als Kongressort für mehrtätige und internationale Kongresse je attraktiv genug sein könnte, wagen wir zu bezweifeln. Unseres Wissens sind Kongresszentren keine Renditeobjekte. [...] Für die optimale Erreichbarkeit und Nutzung der bestehenden Anlage könnte in Diskussion stehende Bau einer S-Bahn-Haltestelle im Tägerhard Sinn machen. [...] Vor der Planung und Beschlussfassung über irgendwelche Erweiterungen ist eine Reflektionsphase einzuschalten. Wie der Name sagt, war die ursprüngliche Funktion des tägi jene eines Sport- und Erholungszentrums mit genügend Kapazitäten für öffentliche Anlässe." (Zitatende). Ich habe soeben aus der Vernehmlassung der SVP vom 22. Dezember 2004 im Rahmen der Machbarkeitsstudie zitiert. Genau diese Gedanken und Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, wurden in der Machbarkeitsstudie aufgegriffen und haben zum vorliegenden Ergebnis geführt. Man kann somit fast sagen, dass die Studie einer SVP-Vorlage entspricht.

Weiter möchte ich erwähnen, dass wir über zwei Jahre an diesem Projekt gearbeitet haben. Es haben immer regelmässige Sitzungen mit der Begleitkommission stattgefunden und die Fraktionen waren über das Vorgehen entsprechend informiert. Ich habe bis heute nie gehört, dass das gewählte Vorgehen nicht richtig wäre. Die SVP hat verschiedene Abklärungen erwähnt, die getätigt werden müssen. Es ist nicht so, dass wir diese nicht tätigen wollen oder können. Aber wir können beispielsweise nicht jetzt die Nachbargemeinden betreffend einer Beteiligung anfragen, wenn wir gar nicht wissen, was der Einwohnerrat eigentlich will. Vielleicht wählen Sie ja die Variante 0, das wäre der Rückbau, womit sich diese Frage dann erledigt hätte. Es geht heute darum, dass der Einwoherrat dem Gemeinderat einen Auftrag erteilt, in welche Richtung weiter gearbeitet werden soll und welche Abklärungen noch getätigt werden müssen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es sich beim durchzuführenden Wettbewerbsverfahrens nicht um einen Architekturwettbewerb handelt, sondern um ein Wettbewerbsverfahren als Ganzes. Es ist auch der Hinweis gefallen, dass beispielsweise auch betriebswirtschaftliche Aspekte abgeklärt werden. Es geht nicht um einen Architekturwettbewerb wo ein Modell ausgearbeitet wird. Im Rahmen dieses Wettbewerbsverfahrens werden die Weichen, die der Einwohnerrat heute stellt, weiter bearbeitet und abgeklärt. Stellen Sie sich vor, wir hätten all diese Abklärungen während ein, zwei Jahren getätigt und kämen nun mit einem entsprechenden Kreditantrag und der Einwohnerrat möchte eigentlich die ganze Anlage zurückbauen. Deshalb macht es Sinn, dass der Einwohnerrat nun entscheidet, welche Module und Varianten weiterverfolgt werden sollen.

Viele der von der SVP verlangten Abklärungen wurden bereits getätigt. Man muss sich aber auch bewusst sein, dass viele von den verlangten Abklärungen Kosten auslösen. Beispielsweise haben wir beim Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung für Baubewilligungen, bereits einige Punkte abklären lassen. Dabei ist das Departement zum Schluss gekommen, dass mit der vorliegenden Variante 3 die Gefährdung des Trinkwassers möglichst ausgeschlossen werden kann. Um weitere notwendige Abklärungen tätigen zu können, müssen wir nun vom Einwohnerrat wissen, in welche Richtung sich das tägi künftig weiterentwickeln soll.

Thomas Bodmer: Bereits im Mai 2007 hat der Gemeinderat im Finanzplan Fr. 70 Mio. für die Investitionen im tägi berücksichtigt. Diese berücksichtigten Zahlen sind also praktisch deckungsgleich mit dem nun vorliegenden Bericht. Dies zeigt, dass der Bericht schon länger vorliegt. Wir haben zugegebener Masse mehr Zeit gehabt als sonst, uns auf dieses Geschäft vorzubereiten. Dennoch sind immer noch viele Fragen offen. Bitte entschuldigen Sie, dass ich den Begriff des Wettbewerbsverfahrens falsch interpretiert habe. Aber bisher wurde der Begriff immer nur für Architekturwettbewerbe verwendet. Ich weiss nicht, welche andere Verfahren auf Gemeindeebene sonst so üblich sind, denn bisher haben wir noch nie ein anderes durchgeführt. Komischerweise ist der Begriff weder im Bericht der Metron noch im gemeinderätlichen Antrag definiert. Ich möchte deshalb wissen, was diese Wettbewerbsverfahren beinhaltet und nach welchen Regeln es durchgeführt wird.

Gemeinderat Dr. Markus Dieth: Es wird heute kein Kredit ausgelöst für ein Wettbewerbsverfahren, sondern es soll heute dem Gemeinderat der Auftrag erteilt werden, ein Kreditbegehren zu erstellen. Es wäre unanständig, wenn der Gemeinderat Ihnen einfach ein Kreditantrag unterbreiten würde, ohne vorher Ihre Meinung gehört und weitere Abklärungen getätigt zu haben. Im Zusammenhang mit der Bestandessanierung ist im Bericht auf S. 107 erwähnt, dass kein Architekturwettbewerb notwendig ist.

Dr. Charles Meier: Ich möchte nochmals präzisieren. Einerseits besteht ein technisches Problem bei der Eisanlage. Entweder wird die Sanierung gemacht oder die Frist dafür muss verlängert werden. Andererseits geht es um die Finanzen. Es braucht einen politischen Entscheid durch den Gemeinderat resp. den Einwohnerrat, wie stark unsere Rechnung durch das tägi belastet werden darf. Die Steuerzahler wurden bisher nicht richtig informiert, weil ihnen die genauen Zahlen vorenthalten wurden.

Die SVP hat ein alternatives Vorgehen vorgeschlagen. Es ist ein logischer Ablauf, der vorgängige Abklärungen beinhaltet. Wenn der Einwohnerrat diesem Vorgehen zustimmt, hat der Einwohnerrat die Möglichkeit zu entscheiden, wie stark unsere Rechnung mit dem tägi belastet werden darf. Ebenfalls ist eine Kostenprognose aufgrund eines Modells zu erstellen. Wenn sich dann zeigt, dass die Bestandessanierung dringlich ist, kann diese gemacht werden. In diesem Zusammenhang interessiert mich, welche Genauigkeit die Kostenprognose der Metron haben. Wir verlangen eine Genauigkeit von +/- 10 %.

Ich traue dem Schreiben des Baudepartementes nicht. Ich habe auch schon erlebt, wie das Baudepartment etwas bestätigte und im Laufe der Zeit ist dann ganz anders entschieden worden, so dass mit der Planung wieder von vorne begonnen werden musste.

Früher oder später müssen die Stimmbürger über die Kreditbegehren befinden. Wir können uns also nicht ewig in irgendwelchen Schlupflöcher verkriechen. Wir müssen klar aufzeigen, was diese Investitionen kosten. Wir sind der Auffassung, dass umfassende Abklärungen jetzt notwendig sind. Wir vertreten schliesslich die Stimmbevölkerung

Thomas Bodmer: Gemeinderat Dieth hat gesagt, dass es beim vorgesehenen Wettbewerbsverfahren nicht um ein Architekturwettbewerb geht. Ich habe ihn um eine Präzisierung gebeten, die ich bis jetzt nicht erhalten hatte. Stattdessen hat er auf den Bericht der Metron verwiesen. Ich möchte Ihnen vorlesen, was auf S. 107 steht; "Entscheidet sie Gemeinde sich für die Bestandessanierung ist die Durchführung eines Architekturwettbewerbs nicht notwendig. Entscheidet sich die Gemeinde für Variante 2 oder 3, ist die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens zur Erlangung eines Projektvorschlages (Vorprojekt) zwingend." Ich schliesse daraus, dass sich der Begriff Wettbewerbsverfahren nach Ansicht der Metron direkt auf den Begriff Architekturwettbewerb bezieht. Dem zu Folge gibt es eine Diskrepanz zwischen dem Bericht der Metron und der Auffassung des Gemeinderates. Es geht jetzt sehr wohl darum, dass wir jetzt den Gemeinderat beauftragen, einen Architekturwettbewerb für die beiden Varianten vorzubereiten, obwohl es für die Bestandessanierung nach Ansicht der Metron gar kein Architekturwettbewerb braucht. Ich komme deshalb zum Schluss, dass man den Anträge des Gemeinderates nicht zustimmen kann.

Urs Heimgartner: Der Begriff Wettbewerbsverfahren ist ein Sammelbegriff. Die Bau- und Planungsabteilung prüft jeweils, welches Verfahren angewendet wird. Im Normalfall kommt ein Architekturwettbewerb zur Anwendung. Hier ist es aber anders. Wir wollen betriebswirtschaftliche Fragen und Abläufe, Unterhaltsfragen aber auch architektonische Fragen klären. Diese Art von Wettbewerbsverfahren geht weiter als ein Architekturwettbewerb, da das Projekt als Gesamtes und nicht nur die Architektur beurteilt wird.

Abstimmung

Die Anträge der SVP werden mit 9 : 37 Stimmen abgelehnt.

Modul 2: Ertüchtigung Bestand

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Für die Finanzkommission steht ausser Frage, dass das tägi als Sport- und Erholungszentrum auch in Zukunft weiter bestehen muss! Im Rahmen der Ertüchtigung des Bestandes handelt es sich lediglich um die „alte“ Anlage im Bereich Schwimmbadanlage/Kongresssaal/Restaurant. Die mittlerweile erfolgten Untersuchungen haben diesbezüglich ergeben, dass die gebäudetechnischen Anlagen ihre Lebensdauer mehr als erreicht haben und deren weiterer Einsatz mit hohen Kosten und einer Minderung der Betriebssicherheit verbunden wäre. Im Zusammenhang mit einer grösseren gebäudetechnischen Sanierung stünden wesentliche bauliche Massnahmen. Diese Arbeiten haben wiederum umfassende Oberflächensanierungen zur Folge. Insgesamt ist eine Gesamtanierung damit unumgänglich. Zu Recht stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob im Rahmen der Sanierung weitere betriebliche Verbesserungen realisiert werden können. Als Optionen stehen die Erweiterung des Eingangsbereiches, der Neubau einer Wellness-Anlage sowie die Realisierung einer Traglufthalle zur Auswahl.

Die Finanzkommission geht mit dem Gemeinderat einig, dass eine umfassende Sanierung des tägi eine markant verbesserte Attraktivität zur Folge haben muss. Der heutige Eingangsbereich ist angesichts der Bedeutung und der Grösse der Anlage sehr unattraktiv, insbesondere fehlt eine direkte Verbindung zwischen den Eingängen Hallenbad und Restaurant/Kongresssaal. Ein ansprechendes Entrée ist mitunter auch ein nicht zu vernachlässigender Bestandteil der Visitenkarte der gesamten Anlage. Wenn als Vergleich beispielsweise das Sportzentrum Baregg herangezogen wird, wird deutlich, wie sehr attraktiv ein solcher Eingangsbereich gestaltet werden kann. Für den Kunden ist von grosser Bedeutung, dass er das tägi künftig einladend wahrnimmt. Eine verbesserte Situation beispielsweise mit Läden, einem direkteren Zugang zum Restaurant etc. könnte massgeblich zur Attraktivitätssteigerung und vor allem zur Kundenfreundlichkeit für das tägi beitragen.

In Bezug auf die Realisierung einer Traglufthalle und der Erweiterung des Eingangsbereiches unterstützt die Finanzkommission den Vorschlag des Gemeinderates. Die Traglufthalle kann völlig losgelöst von der Sanierung der übrigen Gebäulichkeiten realisiert oder, wenn dann die konkreten Kosten ausgewiesen sind, auch wieder weggelassen werden. Im heutigen Stadium vergeben wir uns deshalb nichts, wenn die Traglufthalle im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens berücksichtigt bleibt.

Im Gegensatz zum Gemeinderat erachtet es die Finanzkommission als wichtig und richtig, im heutigen Stadium auch die Option des Neubaus Wellness im Wettbewerbsverfahren zu berücksichtigen. Nach Einschätzung der Metron dürfte der Betrieb einer Wellness-Anlage zumindest kostendeckend, evtl. auch gewinnbringend sein. Nebst dem Argument, dass in einem Sportzentrum auch ein Erholungs- und Wellness-Angebot vorhanden sein muss, könnte der künftige Betrieb einer Wellness-Anlage für einen allfällig privaten Betreiber aus betriebswirtschaftlichen Gründen von grossem Interesse sein. Die Frage des Betreibermodells wird im Rahmen des Detailprojekts umfassend abgeklärt. Dannzumal wird über die Realisierung des Neubaus der Wellness-Anlage zu entscheiden sein. Um heute nichts zu verbauen, erachtet es die Finanzkommission als wichtig, die Option Wellness ebenfalls zu berücksichtigen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Ertüchtigung des Bestandes zwingend notwendig ist. Als Optionen sollen die Erweiterung des Eingangsbereiches, die Realisierung der Traglufthalle sowie der Neubau Wellness in das Wettbewerbsverfahren einbezogen werden. Das Abstimmungsverhältnis in der Finanzkommission lautete 5 : 1 bei 6 Anwesenden.

Marie-Louise Reinert: Der tiefe Steuerfuss soll neue Einwohner anlocken. Doch diese wollen hier nicht nur wohnen und shoppen, sondern auch etwas unternehmen können. Im Traktandenbericht steht folgendes: "Die Bevölkerung wird vermehrt auf attraktive Erholungsflächen im nahen Umfeld des Wohnortes angewiesen sein." Dies hat mir eingeleuchtet. Für uns ist klar, dass etwas das man hat, ertüchtigt und unterhalten werden muss. Das macht schliesslich auch jeder Hausbesitzer so. Wir sind der Meinung, dass die Erweiterung des Eingangsbereiches, die Traglufthalle über dem Schwimmbecken, aber auch der Wellness-Bereich weiter verfolgt werden sollen. Dazu gehören nach unserer Auffassung auch Marktklärungen, Konkurrenzanalysen etc. Damit sollten auch die Bedürfnisse der SVP gedeckt sein.

Marianne Ryf: Die Fraktion SP/WettiGrün findet die vorliegende Studie sehr umfassend. Mit diesen Investitionen kann sich Wettingen neu positionieren. Für die Bevölkerung ist nicht nur einzig ein tiefer Steuerfuss von Bedeutung, sondern auch eine gute Infrastruktur, welche durch die Gemeinde zur Verfügung gestellt werden soll. Die Studie zeigt auf, was gute Infrastruktur alles beinhaltet.

Die Fraktion unterstützt das Modul 2 mit der Erweiterung des Eingangsbereiches, der Traglufthalle sowie dem Neubau des Wellnessbereiches. Für die Fraktion SP/WettiGrün ist sehr wichtig, dass bei einer nachhaltigen Planung der alternativen Energieversorgung von Anfang an genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die zusätzliche Umweltbelastung kann dadurch eingedämmt werden. Es ist uns daher ein Anliegen, dass alternative Energien von Anfang an berücksichtigt werden.

Thomas Meier: Auch beim Modul 2 stellen sich verschiedene Fragen: Soll der Wettinger Bevölkerung das Sport- und Erholungszentrum tägi weiterhin mindestens im heutigen Zustand weiterhin zur Verfügung stehen? Diese Frage beantworten wir klar mir "Ja". Soll weiterhin Eissport angeboten werden? Auch hier sagen wir klar "Ja". Welche Optionen sollen in der weiteren Planung berücksichtigt werden? Im Modul 2 sind drei verschiedene Optionen erwähnt. Wir sind der Meinung, dass alle Optionen berücksichtigt werden sollen, die heute nicht klar ausgeschlossen werden. Von den drei Varianten Erweiterung Eingangsbereich, Wellnessbereich und Traglufthalle können wir heute nichts klar ausschliessen, weshalb alle Optionen weiter geprüft werden sollen. Wir sagen somit klar "Ja" zur Ertüchtigung des tägi und schliessen uns dem Antrag der Finanzkommission an.

Rolf Aebi: Durch die Machbarkeitsstudie und den Bericht der Metron hat die Gemeinde eine gute, solide Grundlage geschaffen. Es wird klar aufgezeigt, wie es um das Tägi steht und was man für die Zukunft daraus machen kann.

Der Sanierungsbedarf der bestehenden Anlage ist enorm und ist im Vorfeld wohl auch unterschätzt worden. 30 Jahre wurde nur das nötigste gemacht. Zwar sind die Kosten hoch, doch die Sicherheit für die Benutzer und das Personal muss hier wohl im Vordergrund stehen.

Die FDP ist der Meinung, dass die Betriebswirtschaftlichkeit der Anlage, sowie die Möglichkeit erneuerbarer Energien auch in den Wettbewerb mit einbezogen werden müssen.

Die Optionen Erweiterung Eingangsbereich, Traglufthalle und Wellensbereich sollten auf jeden Fall im Wettbewerb enthalten sein, denn somit hält man sich alle Optionen offen. Ob es dann zur Ausführung der einzelnen Optionen kommt, kann später entschieden werden.

Deshalb stimmt die FDP Fraktion dem Antrag der Finanzkommission für die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens für die Ertüchtigung der bestehenden Anlage (Modul 2, mit Option Erweiterung Eingangsbereich, Traglufthalle Aussenschwimmbekken und Neubau Wellness) zu.

Thomas Bodmer: Die SVP ist grundsätzlich auch der Meinung, dass das tägi im bisherigen Ausmass weitergeführt werden soll. Wir wehren uns auch nicht gegen eine zeitgemässe Erneuerung der Anlage. Für uns kommt somit die Variante 0 Rückbau nicht in Frage. Auch der Weiterbetrieb der Anlage ist nicht grossmehrheitlich bestritten. Was wir vermissen sind Angaben zum Kostendeckungsgrad der einzelnen Anlageteile. Der Steuerzahler musste in den vergangenen 30 Jahren über Fr. 84 Mio. für den Betrieb aufwenden, dies sind rund 10 Steuerprozent pro Jahr. Der Gemeinderat ist nicht dazu im Stande, das tägi kostendeckend zu betreiben, weil die Eintritte so tief sind. Uns fehlt in diesem Zusammenhang die Vergleichsmöglichkeit mit anderen Anlagen. Das ist der Grund, wieso wir uns zum heutigen Zeitpunkt gegen das vom Gemeinderat vorgelegte Packet mit diesem Wettbewerbsverfahren wehren. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass das vorgesehene Verfahren sehr einem Architekturwettbewerb gleicht. Auch wenn betriebswirtschaftliche Studien vorgelegt werden, zweifeln wir daran, ob diese dann eingehalten werden, weil die Realität dann trotzdem anders aussieht. Deshalb ist die SVP gegen diesen Antrag.

Dr. Charles Meier: Ich habe noch eine Frage zu den im Bericht gemachten Kostenschätzungen. Wie genau sind diese?

Regula Schneider: Da es sich um Grobkostenschätzungen handelt, ist die Genauigkeit +/- 25 %.

Gemeinderat Dr. Markus Dieth: Ergänzend dazu kann ich sagen, dass der Kostendeckungsgrad im Bericht ausgewiesen ist, beispielsweise auf S. 49 oben.

Zur Abstimmung kann ich mitteilen, dass sich der Gemeinderat betreffend Modul 2 dem Antrag der Finanzkommission anschliesst.

Thomas Bodmer: Ich stelle gemäss Art. 14 Abs. 3 Geschäftsreglement Einwohnerrat "Auf Verlangen der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder findet die Abstimmung unter Namensaufruf statt. Die Stimmabgabe des einzelnen Mitgliedes wird in diesem Falle im Protokoll vermerkt." Ich habe einleitend bereits gesagt, um wie viel Geld es heute geht. Leider ist es in der Politik immer so, dass wenn dann ein finanzielles Debakel vorliegt, niemand mehr dafür zuständig ist. Deshalb beantragen wir, dass das Abstimmungsverhalten festgehalten wird und die Abstimmung deshalb unter Namensaufruf stattfindet.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag der SVP auf Abstimmung mit Namensaufruf wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Finanzkommission (Modul 2, mit den Optionen Erweiterung Eingangsbereich/Traglufthalle Aussenschwimmbekken und Neubau Wellness) wird ebenfalls grossmehrheitlich angenommen.

Variante 3, Modul 1:

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Bevor die Detaildiskussion in diesem Bereich lanciert werden kann, muss die Grundsatzfrage entschieden werden, ob das tägi weiterhin die Möglichkeit des Eislaufens anbieten soll. Die heute in den Wintermonaten betriebene Eissportanlage wird von vielen Personen aus einem sehr grossen Einzugsgebiet frequentiert. Die jährlichen Eintrittszahlen belaufen sich auf rund 60'000 - 65'000. Ohne weiteres kann festgehalten werden, dass sich die Eissportanlage einer sehr grossen Beliebtheit erfreut. Dies hat letztlich sicherlich auch damit zu tun, dass die weitere Kunsteisbahnen in einiger Entfernung (Aarau, Dielsdorf, Wohlen, Wetzikon etc.) liegen. Daneben ist das Vorhandensein der Eissportanlage zwingende Voraussetzung für das weitere Bestehen des Eishockey-Clubs (EHC Wettingen-Baden) sowie des Eislaufvereins (ECW Eislaufclub Wettingen). Diese nutzen das Eis sehr rege. Letztlich trainieren auch weitere Drittvereine im tägi. Insgesamt ist der weitere Betrieb der Eissportanlage allen Mitgliedern der Finanzkommission ein sehr grosses Anliegen. Das tägi ist das tägi vor allem auch wegen der Kunsteisbahn. Insofern war der Rückbau der Eissportanlage zum Vornherein kein Thema und es soll am Betrieb festgehalten werden.

Unter der Voraussetzung des weiteren Betriebs der Eissportanlage liegen zur Beurteilung drei Varianten der „Eisinfrastruktur“ vor. Mit diesen Varianten steht der Masterplan als Planungsinstrument in sehr engem Zusammenhang. Der Masterplan ist kein Projekt, sondern ein baukastenartiger Plan mit modular austauschbaren Elementen. Zugleich enthält er aber sehr wohl gewisse einzuhaltende Eckpunkte, wenn nicht leichtfertig die weitere Entwicklung blockiert oder gar verunmöglicht werden soll. Der entscheidende Schritt zur Beurteilung, welche der drei Varianten realisiert werden soll, besteht darin, dass die heutige Situation aus der Perspektive der Zukunft betrachtet werden muss. Will man nämlich in der Zukunft (>10 Jahre) das tägi in eine attraktive und umfassende Sportstätte von Wettingen (z.B. mit Fussball- und/oder Landhockeystadion etc.) führen, dann kommt gemäss Aussagen des Masterplans nur die Variante 3 in Frage. Mit Realisierung der Varianten 1 und 2 kann der Masterplan in der in der Machbarkeitsstudie vorgeschlagenen Art und Weise nicht umgesetzt werden. Die Eisfelder würden in beiden Situationen am heutigen Standort belassen, weshalb das südlich gelegene Sportfeld (Baufeld D) für das möglicherweise vorgesehene Landhockeystadion oder sonstige Sportplätze zu klein wäre. Zudem könnte der vorgeschlagene Korridor zu der geplanten S-Bahn-Haltestelle nicht freigehalten werden. Dahingegen würde mit Realisierung der Variante 3 die Anlage nach Süd-Osten verschoben. Der Masterplan könnte damit für die langfristige Entwicklung des Gebiets in der vorgeschlagenen Art und Weise umgesetzt werden. Unabhängig der Detaildiskussion der verschiedenen Varianten 1 bis 3 möchte die Finanzkommission Wettingen die Zukunft einer attraktiven und umfassenden Sportstätte tägi nicht verbauen. Hinzu kommt bei der Variante 3, dass mit der Verschiebung der Eissportanlage verschiedene Verbesserungen realisiert werden könnten. Einerseits bestünden Vorteile in der Schaffung einer wichtigen Vorzone, andererseits könnten aber auch die Wege der Nutzer weitgehend entflechtet und verkürzt werden. Über das Gesamtprojekt gesehen überzeugen diese Vorteile umfassend.

Nach grossmehrheitlichem Dafürhalten scheint die Stossrichtung des Gemeinderates, die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens für die Variante 3 mit der Option Sporthotel durchzuführen, richtig. Im Rahmen des dannzumal vorliegenden Projektes obliegt es letztlich dem Einwohnerrat bzw. dem Stimmvolk, ein konkretes Projekt mit entsprechend bekannten Kostenfolgen gutzuheissen oder abzulehnen. Selbstverständlich muss und wird auch die Möglichkeit offen bleiben, im Rahmen der Detaildiskussion über das Projekt allfällige Veränderungen vorzunehmen. Würde hingegen bereits heute die Variante 3 abgelehnt, würden wir uns wie bereits ausgeführt eine mögliche und umfassende Neugestaltung und Neuausrichtung des tägi verbauen. Bezüglich der Varianten 1 und 2 ist festzuhalten, dass mit der Variante 1 eine Minimallösung angestrebt würde, bei der keine Verbesserung der heutigen Situation erreicht werden könnte. Variante 2 mit der partiellen Überdachung ist allenfalls energetisch interessanter als Variante 1. Will man mit der Neuausrichtung des tägi u.a. auch ein „Messestandort“ anbieten, wird dieser mit Realisierung einer möglichen Variante 2 nicht unterstützt bzw. die partielle Überdachung wäre für die Benützung als Messeplatz nachteiliger als überhaupt Variante 1. Von alleine versteht sich, dass mit Realisierung der Variante 3 die optimalsten Voraussetzungen auch in dieser Hinsicht geschaffen würde. Wie bereits vom Gemeinderat beantragt, sind auch für die Finanzkommission die Kletterhalle sowie die Überdachung des zweiten Eisfeldes kein Thema. Positiv beurteilt wird jedoch die Prüfung der Option „Sporthotel“. Auch wenn die Namensgebung mehr als unglücklich erachtet wird, wird die Idee unterstützt, das Sporthotel als Option für das Wettbewerbsverfahren miteinzubeziehen. In diesem Zusammenhang stellt sich wie bereits eingangs die Frage, wo das tägi in der Zukunft positioniert werden soll. Das tägi soll sich in der Zukunft als Sport- und Messestandort etablieren können, dazu sind gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Die geplanten Unterkunftsmöglichkeiten sollen für möglichst viele Bedürfnisse die Infrastruktur bieten, sodass am Ort des Sportes, der Messe oder allenfalls eines Seminars auch gleich übernachtet werden kann. Insgesamt unterstützt die Finanzkommission mit 4 : 2 (6 Anwesende) den Antrag des Gemeinderates gemäss Vorlage Ziff. 3.

Abschliessend noch folgendes: Mit der vorliegenden Machbarkeitsstudie wurden die Entscheidungsgrundlagen für die weitere Entwicklung des tägi umfassend erarbeitet und detailliert analysiert. Die Machbarkeitsstudie hat sämtliche eingebrachten Bedürfnisse ernst genommen und eben deren Machbarkeit abgeklärt. Der Masterplan ist die Folge daraus. Nach Einschätzung der Finanzkommission ist die erarbeitete Masterplanung der mittel- bis langfristigen Perspektiven für das tägi zu unterstützen. Einerseits kann damit die Nachhaltigkeit der kurz- bis mittelfristig zu tätigen Erneuerungsinvestitionen gesichert werden. Andererseits wären so die potenziellen Bedürfnisse und Ansprüche im Rahmen des tägi abgedeckt.

Heute ist für das tägi eine langfristige Planung gefragt. Wir haben heute die Chance und Aufgabe, die Zukunft des tägi in den Grundzügen zu bestimmen, können aber auch die Zukunft des tägi je nach Wahl einer Variante verbauen. Es wäre schade, wenn heute der Mut fehlen würde und ein kostenintensives Projekt der Zukunft bereits heute verunmöglicht würde. Unter Beachtung des Masterplans ist es wichtig, dass sowohl mit dem ersten Schritt als auch vor allem mit den zukünftigen Entscheiden die Auswirkungen auf den Masterplan und damit auf die langfristige Entwicklung des tägi beachtet werden. Wettingen hat heute die Möglichkeit, sich auch künftig mit dem tägi in der Region zu positionieren. Das tägi ist in der Umgebung von Baden-Wettingen ein einmaliges und gut frequentiertes Sport- und Erholungszentrum. In diesem Sinne habe ich die Anträge der Finanzkommission bereits formuliert und danke für eure Aufmerksamkeit.

Thomas Bodmer: Ich komme nochmals auf das Wettbewerbsverfahren zurück. So wie ich die bisherigen Ausführungen verstanden habe, erteilen wir heute dem Gemeinderat den Auftrag, ein Wettbewerbsverfahren einzuleiten, welches aber kein Architekturwettbewerb ist. Wenn dieses Wettbewerbsverfahren durchgeführt ist, hat man also immer noch keine Vorstellungen davon, wie die Anlage mal aussehen soll. Es kommt somit früher oder später doch noch zu einem Architekturwettbewerb. Dazu muss der Einwohnerrat aber zuerst einen entsprechenden Kredit genehmigen. Dies wird voraussichtlich im Jahr 2009 passieren. Im Jahr 2010 muss die Eisanlage stillgelegt werden, wenn bis dann nichts gemacht wurde. Bei einer allfälligen Ablehnung des Kreditbegehrens wird der Einwohnerrat unter Druck gesetzt, weil dann keine Zeit mehr bleibt, um alternative Projekte zu prüfen. Auch wenn jetzt gesagt wird, mit dem heutigen Entscheid werde keine Präjudiz geschaffen, ist dies meines Erachtens nicht ganz korrekt.

Marianne Ryf: Die Fraktion SP/WettiGrünen ist für die Variante 3 mit dieser multifunktionalen Mehrzweckhalle. Es ist uns ein sehr grosses Anliegen, dass der ganze Bereich der erneuerbaren Energie mitberücksichtigt wird. Deshalb stellen wir den **Antrag**, dass der Punkt 3 des Beschlusses wie folgt ergänzt wird: "Dabei ist der Nachweis zu erbringen, dass der Energiebedarf zur Hauptsache mit erneuerbarer Energie gedeckt wird."

Andreas Rufener: Mit der Variante 3 kann eine zukunftsorientierte Lösung erzielt werden, weshalb wir diese auch unterstützen. Auch wir sind der Auffassung, dass der Energiebedarf unbedingt berücksichtigt werden muss und deshalb eine umweltfreundliche Produktion angestrebt werden soll. Wir sind der Auffassung, dass alle Optionen geprüft werden sollen, das heisst somit auch die Kletterhalle sowie die Überdachung des Eisfeldes. Deswegen müssen noch lange nicht alle Optionen gleichzeitig verwirklicht werden, aber eine jetzige Abklärung führt dazu, dass diese auch in einer späteren Phase noch berücksichtigt werden können. Die EVP stellt daher den **Antrag**, das Modul 1, Variante 3 inkl. allen Optionen (Sporthotel, Kletterhalle, Überdachung Eisfeld) zu prüfen.

Thomas Meier: Mit der Variante 3 kann eine klare Kapazitäts- und Attraktivitätssteigerung erzielt werden. Wir sprechen uns deshalb klar für die Mehrzweckhalle inkl. Überdachung Eisfeld und Sporthotel. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass den Vereinen eine gute Infrastruktur geboten wird. Mit der Mehrzweckhalle kann ein grosses Bedürfnis gedeckt werden. Dazu gehört sicherlich auch das Sporthotel. Es handelt sich dabei um eine Unterkunft in gehobenerem Jugendherbergstandard. Es handelt sich dabei nicht um ein Kongresshotel für gehobenen Standard. Es soll damit die Durchführung von Sportlagern und ähnlichem ermöglicht werden. Für die Kletterhalle steht unseres Erachtens kein Bedarf, da dieses Angebot anderweitig gedeckt wird. Wie bereits gesagt, ist es für uns von grosser Bedeutung, dass der Eissport im Tägi weiter betrieben werden kann. Deshalb soll auch die Überdachung des Eisfeldes überprüft werden. Eine Überdachung heisst ja nicht, dass automatisch eine Halle darüber gebaut werden muss, eine Konstruktion mit Dach und auf vier Seiten offen würde dazu schon genügen. Der Begriff "Überschattung" wäre wohl besser geeignet.

Uns erscheint auch wichtig, dass die energietechnischen Aspekte nicht ausser Acht gelassen werden. Doch es wird vermutlich schwierig sein, die von Marianne Ryf geforderten Nachweis zu erbringen, dass die Hauptsache des Energiebedarfs mit erneuerbaren Energien abgedeckt wird. Dies würde nämlich heissen, dass wenn dieser Nachweis nicht erbracht werden kann, wäre das ganze Projekt gestorben. Dies kann nicht sein. Wir sind aber auch dafür, dass die Energiefrage umfassend überprüft und geklärt wird. Dazu gehören beispielsweise auch Solarzellen auf dem Hallendach etc. Diese Überprüfungen sind für uns selbstverständlich.

Wir unterstützen die Variante 3 mit den Optionen Sporthotel und Überdachung Eisfeld. Im Namen der CVP-Fraktion bitte ich Sie, diesem Antrag zu unterstützen.

Werner Hartmann: Für Wettigrünen ist es nicht verantwortbar, wenn bei einem so grossen und langfristigen Projekt nicht bereits heute der Nachweis erbracht werden kann, dass der Energiebedarf zur Hauptsache aus erneuerbaren Energie gedeckt wird. Wird dieser Antrag anders formuliert, können wir ihn nicht mehr unterstützen.

Marie-Louise Reinert: Wir sind der gleichen Meinung, dass ein bisschen alternativ und ein bisschen überprüfen nicht ausreicht. Wir wollen eine verbindliche Formulierung im Beschluss.

Dr. Charles Meier: Ich möchte wissen, ob in einem Baubewilligungsverfahren automatisch schon Forderungen betreffend alternativen Energien oder Stromsparen gestellt werden?

Rolf Aebi: Auch im Modul 1 Eisbereich befürwortet die FDP die Variante 3 Eisbereich Mehrzweckhalle (mit der Option Sporthotel inkl. Clubräume).

Auch die beiden günstigeren Varianten kosten viel Geld und führen zu keiner wesentlichen Attraktivitätssteigerung. Ausserdem würde man sich damit sämtliche Entwicklungsmöglichkeiten für die künftige Zusammenlegung der Sportplätze an die Peripherie von Wettingen verbauen.

Angesichts der Tatsache das Wettingen sonst keine kulturellen Einrichtungen betreibt, dürfen wir uns als Sport- und Messezentrum positionieren. Deshalb Stimmt die FDP dem Antrag des Gemeinderates Variante 3 Eisbereich Mehrzweckhalle (mit der Option Sporthotel inkl. Clubräume) zu.

Urs Heimgartner: Grundsätzlich bestehen gesetzliche Grundlagen, wie mit der Energie umzugehen ist. Es gibt entsprechende Vorgaben. Für uns stellt sich die Frage, welcher Energieträger ist für unsere Bedürfnisse ideal und welchen Energieträger können wir uns leisten? Es werden deshalb verschiedene Energieträger geprüft, auch auf ihre Wirtschaftlichkeit hin.

Ich möchte daran erinnern, dass vor über 30 Jahren im tägi eine Wärmepumpe installiert wurde, was zu diesem Zeitpunkt sehr pionierhaftig war. Die Gemeinde macht etwas in diesem Bereich, das zeigen auch die diversen Holzschneitzelheizungen in den Schulanlagen.

Thomas Meier: Wenn wir diese Formulierung wie beantragt übernehmen, kann daran das ganze Projekt scheitern, wenn die gewünschte Menge an erneuerbarer Energie nicht erreicht wird. Wir müssten künftig bei allen weiteren Projekten damit rechnen, dass diese nicht realisiert werden können, obwohl der Einwohnerrat dem Projekt zugestimmt hat. Deshalb können wir dem Antrag der Fraktion SP/Wettigrünen in dieser Form nicht zustimmen. Die CVP unterstützt aber ganz klar den Wunsch nach erneuerbaren Energien. Wenn wir eine Formulierung finden, die etwas allgemeiner ist, damit beispielsweise auch ein Projekt, welches "nur" zu 43 % und nicht hauptsächlich den Energiebedarf aus erneuerbaren Energien deckt, realisiert werden kann. Möglich wäre beispielsweise eine Formulierung: ...dass der Energiebedarf soweit wie möglich mit erneuerbarer Energie gedeckt wird.

Einwohnerratspräsident: Ist die Fraktion SP/Wettigrünen mit dieser Formulierung einverstanden?

Werner Hartmann: Der Fraktion geht es darum, das eben nicht 43 %, sondern mind. 50 % mit erneuerbaren Energie abgedeckt wird. In den nächsten 10, 20 Jahren wird die Entwicklung der erneuerbaren Energien stark vorangetrieben werden. Es ist deshalb nicht verantwortbar, wenn wir dieses grosse Projekt nicht auf die zukünftige Entwicklung vorbereiten. Es ist wichtig, dass von Anfang an die Möglichkeiten geschaffen werden, die erneuerbaren Energien voll auszuschöpfen. Deshalb wird die Fraktion, oder zumindestes Wettigrünen, den abgeänderten Antrag der CVP nicht unterstützen. Die SP sieht dies vielleicht anders.

Marie-Louise Reinert: Es gibt verschiedene öffentliche Gebäude, die so gebaut sind, dass diese Ansprüche, d.h. mindestens die Hälfte des Energiebedarfs mit erneuerbaren Energien, gedeckt sind. Ich zweifle nicht daran, dass dies erreicht werden kann. Es gibt Studien die aufzeigen, welcher Energieaufwand beispielsweise mit Minergie, und welcher darüber hinaus eingespart werden kann. Es ist ein grosser Unterschied. Ich denke, deshalb darf man nicht die gesetzlichen Vorgaben als Grenzen sehen, sondern muss darüber hinausgehen, denn diese gehen zu wenig weit.

Thomas Bodmer: Die Ausführungen von Werner Hartmann zu diesem Thema haben mich überzeugt. Ich werde deshalb diesen Antrag unterstützen:

Ich habe noch eine Frage zum Thema Hotel. Patrick Bürgi als Sprecher der Finanzkommission und Thomas Meier als Sprecher als der CVP-Fraktion haben in dieser ganz zentralen Frage unterschiedliche Vorstellungen von diesem Hotel. Mir scheint aber wichtig, diese Frage zu klären. Patrick Bürgi redet von einem Kongress-/Seminarhotel, welches aber auch sportlich genutzt werden kann. Ein solches Hotel wäre vermutlich für die Gemeindefinanzen weniger belastend. Ich könnte mir vorstellen, dass ein solches Hotel mit einem privaten Investor kostendeckend betrieben werden kann. Im Metronbericht wird ein Hotel im gehobenen Jugendherbergstil beschrieben mit einem Preis von Fr. 40.00 pro Nacht. Aus diesen Ausführungen muss ich schliessen, dass es einen à-fonds-perdu-Beitrag der Gemeinde gibt für den Bau. Denn mit diesen Erträge kann im besten Fall höchstens die Betriebskosten gedeckt werden. Ich glaube nicht, dass die Geschäftsleute, welche die Messen und Kongresse besuchen, in einem 3-Bettzimmer übernachten werden. Ich möchte deshalb wissen, um welchen Standard es sich bei diesem Hotel handeln wird.

Markus Maibach: Die SP schlägt vor, den Antrag so umzuformulieren, das es heisst, dass die Potentiale der erneuerbaren Energien ausgeschöpft werden. Ich frage deshalb die CVP, ob sie nur Varianten studieren will mit ihrer Formulierung? Das wäre uns nämlich zu wenig. Wenn die CVP aber hinter dem Grundsatz, dass das vorhandene Potential ausgeschöpft werden soll, stehen kann, dann werden wir uns finden.

Thomas Meier: Die CVP kann sich dieser Formulierung anschliessen.

Einwohnerratspräsident: Ich schliesse aus den obigen Ausführungen, dass der Antrag der SP, den Beschluss unter Ziff. 3 zu ergänzen, wie folgt formuliert werden kann: "Dabei ist der Nachweis zu erbringen, dass der Energiebedarf mit erneuerbaren Energien maximal ausgeschöpft wird".

Werner Hartmann: Wettigrünen hält an der ursprünglichen Formulierung fest. Die Formulierung "Potentiale ausschöpfen" ist uns zu schwammig.

Gemeinderat Dr. Markus Dieth: Im Gemeinderat ist das Bewusstsein für erneuerbare Energien vorhanden und wir können diese Bestrebungen auch nur unterstützen. Aber den Antrag, wie er von WettiGrünen formuliert wurde, nämlich das der Nachweis zu erbringen sei, dass der Energiebedarf zur Hauptsache mit erneuerbaren Energien abgedeckt wird, können wir nicht unterstützen. Der Gemeinderat wird auf alle Fälle dieses Anliegen entgegen nehmen und sein möglichstes tun. Wir können heute aber nicht garantieren, dass dies gelingen wird. Sollte die Formulierung von WettiGrünen angenommen werden, besteht die Gefahr, dass das Projekt nicht realisiert werden kann.

Zur Frage von Thomas Bodmer: Auch der Gemeinderat wagt zu bezweifeln, ob das tägi für mehrtägige, internationale Kongresse attraktiv genug ist. Das tägi soll in erster Linie ein Sport- und Erholungszentrum und nicht ein Messe- und Kongresszentrum sein. Ich kann daher auf die Ausführungen im Schlussbericht verweisen. Es handelt sich um ein Sporthotel im gehobenen Jugendherbergestil.

Abstimmung

Der Antrag der SP (Energiebedarf mit erneuerbaren Energien maximal ausschöpfen) wird gegenüber dem Antrag von WettiGrünen (Energiebedarf zur Hauptsache mit erneuerbaren Energien decken) mehrheitlich angenommen.

In der Eventualabstimmung obsiegt der Antrag der CVP (inkl. Überdachung Eisfeld) gegenüber dem Antrag der EVP (inkl. Überdachung Eisfeld und Kletterhalle) grossmehrheitlich.

In der zweiten Eventualabstimmung obsiegt der Antrag der CVP (inkl. Überdachung Eisfeld) gegenüber dem gemeinderätlichen Antrag (ohne Überdachung Eisfeld) mit 23 : 14, bei 9 Enthaltungen.

In der Schlussabstimmung über die Beschlussziffer 3 wird der Antrag der CVP (Variante 3 Eisbereich Mehrzweckhalle mit Modul 1 inkl. Sporthotel und Überdachung Eisfeld) mit der Ergänzung der SP (Nachweis, dass Energiebedarf mit erneuerbaren Energien maximal ausgeschöpft wird) mehrheitlich angenommen.

Marianne Ryf: Die Fraktion SP/WettiGrünen stellt einen Antrag, den Beschluss mit einer Ziffer 4 zu ergänzen. Unser **Antrag** lautet: Der Gemeinderat konkretisiert parallel zur Erarbeitung des Vorprojektes die Betreibermodelle und eine umweltfreundliche Erschliessung unter Einbezug einer neuen S-Bahn-Haltestelle tägi.

Gemeinderat Dr. Markus Dieth: Der Schlussbericht zeigt auf, dass bei der jetzt bestimmten Variante 3 ein Koridor vorgesehen ist, um eine allfällige Erschliessung über eine S-Bahn-Haltestelle zu ermöglichen. Es ist richtig, dass dies nun in der nächsten Phase konkretisiert werden muss. Auch die verschiedenen Betreibermodelle müssen jetzt abgeklärt werden. Die genannten Forderungen sind für die nächsten Arbeitsschritte so oder so bereits vorgesehen. Der Gemeinderat wehrt sich aber nicht gegen diesen Antrag.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen auf Ergänzung des Beschlusses mit einer Ziff. 4 wird grossmehrheitlich angenommen.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 34 : 12 folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

1. Die Machbarkeitsstudie tägi wird zur Kenntnis genommen.
 2. Dem Einwohnerrat ist ein Kreditbegehren für die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens für die Ertüchtigung der bestehenden Anlage (Modul 2, mit den Optionen Erweiterung Eingangsbereich/Traglufthalle Aussenschwimmbecken und Neubau Wellness).
 3. Dem Einwohnerrat ist ein Kreditbegehren für die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens für die Variante 3 Eisbereich Mehrzweckhalle (Modul 1, mit den Optionen Sporthotel inkl. Clubräume und Überdachung Eisfeld) zu unterbreiten. Dabei ist der Nachweis zu erbringen, dass der Energiebedarf mit erneuerbaren Energien maximal ausgeschöpft wird.
 4. Der Gemeinderat konkretisiert parallel zur Erarbeitung des Vorprojektes die Betreibermodelle und eine umweltfreundliche Erschliessung unter Einbezug einer neuen S-Bahn-Haltestelle tägi.
5. **Antrag zur Schaffung einer Kommunalen Koordinations- und Informationsstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit und Nachtragskreditbegehren von Fr. 76'700.00**

Roland Brühlmann, Vertreter Finanzkommission: Im Zusammenhang mit zwei überwiesenen Postulaten prüfte der Gemeinderat die Schaffung einer kommunale Koordinations- und Informationsstelle für Altersarbeit und Freiwilligenarbeit respektive den Anschluss der Gemeinde an die Regionale Fachstelle für Arbeit in Baden. Durch das Missverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag (rund Fr. 62'000.00 plus Startbetrag von Fr. 7'000.00) sowie der nicht klaren Abgrenzung von der Institution Pro Senectute und der Fachstelle Baden, entschied sich der Gemeinderat dieser Fachstelle in Baden nicht beizutreten. Der Bedarf einer Koordinations- und Informationsstelle war jedoch nie bestritten und wurde durch eine Kurzanalyse zur Altersarbeit durch die zuständige neue Gemeinderätin mit dem Sozialabteilungsleiter und der Institution Pro Senectute, klar bestätigt. Diese Analyse ergab auch, dass in Wettingen bereits ein breites Angebot für die ältere Bevölkerung vorhanden ist. Der Handlungsbedarf besteht offensichtlich vor allem in den Bereichen Information / Koordination und Freiwilligenarbeit. Auch wurde festgestellt, dass verschiedene Personen und Abteilungen der Verwaltung in irgendwelcher Form für den Bereich Altersarbeit involviert sind. Den eigentlichen Lead für die unterschiedlichen Arbeiten wurde jedoch von keiner Person in der Verwaltung wahrgenommen. Die Schaffung klarer Strukturen und die Prüfung einer eigenen kommunalen Koordinationsstelle für Altersarbeit drängte sich auf.

Folgende Grundlagen wurden miteinbezogen:

- Bericht des Regionalplanungsverbandes Baden Regio betreffend Angebote für Betagte in der Region.
- Prognosen betreffend Entwicklung der Altersstruktur der Betagten (demografische Entwicklung der Bevölkerung)
- Informationen über Wohnraum- und Pflegebedarf im Alter.
- Bestehende ähnliche bereits eingeführte Projekte in anderen Gemeinden.
- Kurzanalyse der Gemeinde Wettingen.

Aus diesen Grundlagen wurde ersichtlich, dass die Gemeinde Wettingen sehr stark von der demografischen Entwicklung älterer Menschen betroffen ist (überdurchschnittlicher Anteil älterer Personen gegenüber Kantonsdurchschnitt). Das Modell der Stadt Kloten diene als optimale Grundlage für Wettingen (Kombination von Freiwilligenarbeit und Altersarbeit in einer Fachstelle).

Das Ziel dieser Fachstelle ist, für die Senioren von Wettingen eine zentrale Anlaufstelle für Altersfragen zu schaffen und die bereits bestehenden Aktivitäten und Organisationen zu vernetzen und eigene Projekte zu verwirklichen.

Im besonderen soll folgender Nutzen daraus entstehen:

- Koordination aller Institutionen und freiwilligen Altersaktivitäten in Wettingen
- Einführung eines Altersleitbildes
- Fachstelle für Altersarbeit

Als Zielgruppen sind definiert:

- Organisationen und Institutionen aus Wettingen die im Bereich Altersarbeit tätig sind (Spitex / St. Bernhard / Pro Senectute etc)
- Seniorinnen und Senioren aus Wettingen sowie deren Angehörigen
- Verwaltung und Gemeinderat (für fachspezifische Unterstützung)

Aufgrund der Prüfung verschiedener Konzepte erscheint die Kombination der beiden Aufgabenbereiche „Altersfragen“ und „Freiwilligenarbeit“ als sehr sinnvoll. Die Zielgruppen/Dienstleistungen sowie Aufgabenbereiche sind sich sehr ähnlich und demzufolge auch die Anforderungen an die Führungsperson einer solchen Koordinationsstelle. Eine Kombination mit der bereits bestehenden Gesundheitskommission soll ebenfalls noch geprüft werden. Der Stellenleiter soll in der administrativ dem Leiter Sozialabteilung und fachlich der Ressortvorsteherin Soziales unterstellt werden. Es wurde bereits ein erster Stellenbeschrieb ausgearbeitet mit folgenden Schwerpunkten:

- Beratung Gemeinderat in Alterfragen
- Erarbeitung und Umsetzung des neuen Leitbildes
- Beratung der Seniorinnen und Senioren
- Vermittlungsstelle für Freiwilligenarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit

Das Anforderungsprofil wurde bewusst auf eine Fachperson in dieser Angelegenheit bezogen. Man möchte, dass diese Position professionell betrieben wird.

Dem Standort dieser Fachstelle wird sehr hohe Priorität eingeräumt. Er sollte möglichst zentral gelegen und mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar und behindertengerecht gebaut sein. Der Gemeinderat prüft Räumlichkeiten im Rathaus. Falls es dort kein Platz hat, kommen allenfalls Räumlichkeiten im EW-Gebäude in Frage. Es scheint nicht angebracht, die Fachstelle räumlich der Sozialabteilung anzugliedern.

Die Vorlage sieht eine 2 bis 3 jährige Pilotphase vor, in welcher das Pensum der Fachstelle auf 70 % basiert. Es soll mit folgenden Kosten gerechnet werden:

- Lohn	Fr.	70'000.00
- Anteil Sozialleistungen	Fr.	10'500.00
- Miete Büro	Fr.	6'000.00
- Büromat. / Drucksachen	Fr.	3'000.00
- Porti/Telefon	Fr.	3'000.00
- Total jährliche Kosten	Fr.	92'500.00
- Büroeinrichtung einmalig	Fr.	15'000.00

Da der Stellenantritt per 1. Mai 2008 geplant ist, fallen in die Rechnung 2008 Kosten von Fr. 76'700.00 an. Danach ist mit Kosten von jährlich 92'500.00 für den Rest der Pilotphase zu rechnen.

Die Finanzkommission hat die Vorlage geprüft und ich möchte vorgängig eine Anmerkung zum Vorgehen anbringen.

Nur gerade ganze 3 Arbeitstage nachdem wir im Einwohnerrat den Voranschlag 2008 intensiv behandelt haben und dieser vom Volk noch nicht einmal bestätigt ist, steht nun bereits ein Nachtragskredit (inkl Stellenprozentenerhöhung) des Voranschlages 2008 zur politischen Diskussion. Das gewählte Vorgehen des Gemeinderates in einem sicherlich sehr wichtigen Anliegen der nahen Zukunft, ist aus meiner Sicht nicht sehr geschickt gewählt und lässt eine Spur taktischem Vorgehen (Umgehung unangenehmer Fragen innerhalb der Budgetdiskussion) hinter sich. Sicherlich sind Nachtragskreditanträge jederzeit möglich, doch in diesem Falle wäre wohl eine Aufnahme und das Ausweisen der Kosten im Voranschlag 2008 (vorsorglich wie dies im Falle des Projektes „Krippenpool“ gemacht wurde) wohl die ehrlichere Art gewesen. Das vorliegende Projekt war zeitlich wesentlich besser „steuerbar“ gewesen (nur interne Kurzanalysen) als dies im Projekt „Krippenpool“ möglich war. Ich erlaube mir an dieser Stelle meinen persönlichen Unmut über die Vorgehenstaktik des Gemeinderates auszusprechen.

Für die Finanzkommission ist unbetritten, dass Wettingen eine Fachstelle für Altersfragen, aufgrund der demografischen Entwicklung, braucht. Diese Entwicklung für auch zu Engpassen bei Betreuungsplätzen für ältere Personen. Nachbarschaftliche- sowie generationenübergreifende Hilfe waren früher selbstverständlich, heute haben diese leider stark an Bedeutung verloren. Die Freiwilligenarbeit kann diese entstandene Lücke sicherlich nicht total kompensieren, sie nimmt jedoch einen bedeutenden Stellenwert innerhalb einer Gemeinde ein. Die ganzheitliche Betrachtung der Kombination „Altersfragen und der Freiwilligenarbeit“ macht absoluten Sinn. Synergien können genutzt und Kosten somit optimiert werden. Mit einer eigenen Koordinationsstelle wird sich Wettingen auch zukünftig nicht fremdbestimmt in diesen Fragen bewegen müssen, sondern kann das Zepter und somit die Steuerungsparameter selber bestimmen. Diesem Vorgehen kann ich absolut meine Unterstützung geben.

Die Kosten einer eigenen Koordinationsstelle sind unwesentlich grösser als der Anschluss an die regionale Fachstelle. Aber der Nutzen ist wesentlich grösser und viel effizienter abgestützt auf unsere gemeindeeigenen Anliegen. Die kommunale Fachstelle nimmt die Interessen der Wettinger Bevölkerung besser war.

Zum Stellenpensum: Dem vorliegenden Antrag und somit dem Thema „Koordinations- und Informationsstelle für Altersfragen“ ist grosse Beachtung zu schenken. Diesem Thema begegnen wir zum heutigen Zeitpunkt sehr früh (auch regional sind wir diesbezüglich meilenweit voraus). Meines Erachtens muss dies nicht mit einem solchen enormen Tempo forciert werden. Andere Gemeindeprojekte sollten doch höhere Priorität eingeräumt werden. In diesem Sinne sollten die Kosten in der Pilotphase doch auf wesentlich kleinerem Niveau gehalten werden. Die Finanzkommission beantragt, das Pensum während der Pilotphase auf maximal 50 Stellenprozenten zu halten.

Zur Pilotphase: Damit wirklich optimale Erkenntnisse aus der Pilotphase gewonnen werden können, muss diese (gerade weil das Stellenpensum reduziert werden soll) erweitert und klar abgegrenzt werden. Die Finanzkommission beantragt, die Pilotphase auf 4 Jahre zu begrenzen, mit einem Zwischenbericht nach 2 Jahren.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Für die Dauer einer 4-jährigen Pilotphase (2008-2011) sei der Stellenplan zur Schaffung einer kommunalen Koordinations- und Informationsstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit um 50 % zu erhöhen. (Abstimmungsverhältnis: 3 : 0, 3 Enthaltungen, 6 Anwesende)
2. Für das Jahr 2008 sei ein Nachtragskredit von Fr. 61'500.00 zu bewilligen. (Abstimmungsverhältnis: 4 : 0, 2 Enthaltungen, 6 Anwesende)
3. Im Übrigen wird vom vorliegenden Konzept für eine kommunale Koordinations- und Informationsstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit sowie von den jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 69'500 für die Dauer der Pilotphase ab dem Jahr 2009 Kenntnis genommen.

Monica Benz: Wie die Analyse vom Gemeinderat richtig festhält, besteht in Wettingen bereits ein breites Angebot für die ältere Bevölkerung. Und das ist gut so und auch unbestritten notwendig. Ebenfalls laut Analyse soll aber Handlungsbedarf in den Bereichen Information, Koordination und Freiwilligenarbeit bestehen. Und deshalb soll jetzt in einer Pilotphase von 3 Jahren eine neue Stelle von 70% geschaffen werden. Laut dieser Vorlage haben wir mit jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 92'500.00 plus einmaligen Bürokosten von Fr. 15'000.00 zu rechnen.

Die SVP ist zuerst einmal ebenfalls befremdet darüber, dass so kurz nach der Verabschiedung vom Budget 2008 bereits wieder ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 76'700.00 beantragt wird.

Aus folgenden Gründen werden wir dieser Vorlage nicht zustimmen:

1. Wenn überhaupt und gesetzlich unabdingbar, hätten wir eher der Variante "Anschluss an die regionale Fachstelle" den Vorzug gegeben, wo erstens Synergien ebensogut, wenn nicht besser genutzt werden könnten und wo zweitens wesentlich weniger Kosten anfallen würden. Eine Pilotphase wäre weggefallen, da die Fachstelle bereits über praktische Erfahrungen verfügt. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum Wettingen in diesem Fall die regionale Lösung ablehnt. Allfällige Unklarheiten in der Zusammenarbeit hätten sicher aufgearbeitet werden können.

Es scheint uns auch zumutbar für ältere mobile Menschen, sich an diese Fachstelle oder eine von den zahlreichen anderen Institutionen zu wenden. Die Praxis zeigt überdies, dass für Menschen, wo dazu nicht mehr in der Lage sind, alle notwendigen Abklärungen sowieso meistens durch die Angehörigen getroffen werden.

2. Der Bereich Information und Koordination kann nach unserem Empfinden aber mit den bestehenden Stellen wie Pro Senectute, Spitex, Kirchgemeinden, Alters- und Pflegeheim, Anlaufstelle KSB, SRK und Seniorenrat bestens abgedeckt werden.

Sehr oft besteht da aufgrund von einem bereits bestehenden Dienstleistungsverhältnis eine wertvolle Vertrauensbasis, wo allfällige Schwellenängste gar nicht erst aufkommen.

Als kommunale Anlaufstelle genügt nach unserem Dafürhalten die Sozialabteilung, wo Zuweisungen an die entsprechenden Instanzen bereits heute kompetent und mit wenig Aufwand gemacht werden.

3. Beim Stellenpensum wird der Anteil Freiwilligenarbeit mit über 50% beschrieben. Aus der praktischen Erfahrung mit den Pflegewohnungen und laut der persönlichen Erfahrung als freiwillige Mitarbeiterin in diversen vorerwähnten Institutionen weiss ich, wissen wir, wie schwierig es für die bereits bestehenden Einrichtungen ist, überhaupt Freiwillige dauerhaft zu finden. Und das trotz intensiver Oeffentlichkeitsarbeit.

Dazu braucht es keine weitere Stelle, sondern einfach Menschen mit der notwendigen Bereitschaft und Solidarität, wo sich dann je nach Einsatzgebiet und -möglichkeit bei den bestehenden Instanzen auf einen Aufruf hin melden.

In diesem Sinne bitten wir unsere Ratskolleginnen und -kollegen, den Antrag abzulehnen.

Marianne Ryf: Die Bevölkerungsstruktur hat und wird sich in den nächsten Jahren verändern. Unsere Lebenserwartungen steigen, das ist einerseits sehr erfreulich aber andererseits wird dies in vielen Bereichen vermehrte Auswirkungen haben. Die demographische Entwicklung und ihre Folgen stellen uns vor grosse Herausforderungen, die ein grundsätzliches Umdenken verlangen.

Es müssen Grundlagen geschaffen werden, welche sich an den Bedürfnissen von den älteren Bewohnerinnen und Bewohner und auch an neuen Herausforderungen im Bereich von der Altersarbeit orientieren. Die ältere Generation wird eine immer bedeutendere Gruppe in unserer Gesellschaft, darum sollte ihr auch ein grösserer Stellenwert beigemessen werden. Für die Lösung von dieser Zukunftsaufgaben ist es wichtig, rechtzeitig die Instrumente von der Steuerung an die Hand zu nehmen und Ziele vor Augen zu haben, damit wir nicht von Problemen überrollt werden.

Eine Alterspolitik auf allen Ebenen ist da gefordert. Alter hat Zukunft, die Frage ist jedoch, wie es gestaltet werden soll. Mit der Schaffung einer kommunalen Koordinationsstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit kann die Gemeinde Wettingen auf die zukünftige Alterspolitik Einfluss nehmen. Mit einer kommunalen Stelle können neue Projekte mit mehr Spielraum resp. Kapazität angepackt werden. Zum Beispiel kann ein Altersleitbild erarbeitet werden, welches aufzeigt, welchen Weg der Gemeinderat diesbezüglich künftig gehen will. Die Stelle soll auch ein vorhandenes Bedürfnis nach Koordination und Information in den Bereichen Alter und Freiwilligenarbeit abdecken.

Die Kooperation mit benachbarten Gemeinden kann verstärkt werden und es wird eine Basis geschaffen, welche die schon vorhandenen Angebote in diesen Bereichen bündelt, koordiniert und an die richtigen Interessenten weiterleitet. Zusammenarbeit mit allen sich mit dem Alter befassenden Institutionen, Fachstellen und Fachpersonen, Stellen vom Kanton, von Vereinen – und der älteren Bevölkerung selbst – wird ein wichtiger Bestandteil sein.

Nun - es gibt bereits eine regionale Fachstelle und da stellt sich natürlich die Frage; warum treten wir denen nicht bei? Die Begründung ist; die regionale Fachstelle ist gut, da lässt sich nichts sagen, aber sie deckt die Bedürfnisse von Wettingen nicht ab oder besser gesagt nur zum Teil.

Wir brauchen eine Fachlichkeit in der Gemeinde selbst, denn wir haben eine Grösse welche erlaubt, eine Anlaufstelle für Verwaltung und Bevölkerung zu haben und auch die Freiwilligenarbeit wäre absolut nicht abgedeckt. Unter dem Strich würde da das Preis-Leistungsverhältnis nicht stimmen. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderats, für eine kommunale Koordinations- und Informationsstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit (inkl. Erhöhung des Stellenplans um 70%) und bitten euch diesem ebenfalls zuzustimmen - immer mit dem Gedanken, dass wir alle mit jedem Tag älter werden.

Eva Lanz: Die Fraktion FDP steht der Vorlage ablehnend gegenüber. Wir anerkennen zwar, dass eine solche Koordinationsstelle für Altersanliegen Sinn macht. Aber mit der uns unterbreiteten Umsetzung sind wir nicht zufrieden. Einmal deshalb, weil es inakzeptabel ist, so kurz nach der Budgetdebatte einen derartigen Nachtragskredit zu unterbreiten. Wir erachten die Sache auch nicht als derart dringlich, dass wir uns zu überstürzten Schritten verleiten lassen sollten. Wie ja im Bericht ausgeführt wird, existieren auf diesem Gebiet bereits viele freiwillige Einrichtungen, die älteren Menschen behilflich sind. Wir können also auch noch zuwarten und in einem Jahr im Rahmen des Budgets und Stellenplans darüber befinden. In diesem Jahr sollte unserer Meinung nach aber auch nochmals überdacht werden, ob nicht doch eine regionale Koordinationsstelle mehr Sinn macht. Ältere Menschen interessieren sich doch nicht nur für Betreuungsplätze in der Gemeinde, sondern in der näheren Umgebung und den benachbarten Gemeinden. Man sollte eine regionale Koordinationsstelle mit Baden nochmals eingehend prüfen. In der Eventualabstimmung werden wir den Antrag der Finanzkommission unterstützen.

Thomas Meier: Die CVP-Fraktion steht klar hinter der Vorlage zur Schaffung einer kommunalen Koordinationsstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit. Der Hauptgrund ist der, dass die heutigen Institutionen und bestehenden Angebote nicht kundenfreundlich sind. Für die ältere Generation ist es nicht kundenfreundlich, wenn sie mit ihren Anliegen und Fragen an das Sozialamt gelangen müssen. Zum Glück geht es uns heute noch relativ gut und vor allem die ältere Generation hat eine Hemmschwelle, sich beim Sozialdienst zu melden. Mit einer Fachstelle können die Bedürfnisse eines grossen Teils der Bevölkerungen mit einem relativ kleinen finanziellen Aufwand abgedeckt werden. Wir erachten es daher als richtig, diese Fachstelle zu schaffen.

Bei der Prüfung haben wir uns einige Fragen gestellt, zum Teil wurden diese heute bereits erwähnt. Zum Einen ist die Art des Vorgehens richtig? Ist die Eigenständigkeit richtig oder soll eher mit den anderen Gemeinden zusammengearbeitet werden. Uns hat überzeugt, dass in der Pilotphase die Eigenständigkeit bewahrt wird. Wenn sich am Ende der Pilotphase zeigt, dass ein Anschluss an die Regionale Stelle besser ist, besteht diese Option immer noch. Für den Anfang ist es sicher der richtige Entscheid.

Den Antrag der Finanzkommission betreffend Verlängerung der Pilotphase auf 4 Jahre können wir zustimmen. Andere Beispiele haben gezeigt, wie wichtig die Dauer dieser Phase ist, damit die notwendigen Erkenntnisse vorliegen und die richtigen Schlüsse gezogen werden können.

Der Zeitpunkt dieser Vorlage ist etwas fraglich. Kaum haben wir das Budget 2008 behandelt, kommt bereits ein Nachtragskredit. Wir müssen aber selber kritisch in den Spiegel schauen. Die andere Variante wäre gewesen, dass der Betrag im Budget berücksichtigt würde und nur kurz begründet gewesen wäre. Dann hätten wir vermutlich reklamiert, dass dieser Betrag im Budget ist, ohne den politischen Willen des Einwohnerrates zu erfragen und hätten eine separate Vorlage verlangt. Der Zeitpunkt ist nicht glücklich gewählt, aber die Vorgehensweise ist trotzdem richtig. Diese Geschichte soll nicht ausschlaggebend sein, ob man für oder gegen diese Vorlage ist. Der Zeitpunkt ist nur psychologisch. Man muss abwägen, ob man dem Gemeinderat Budgetdisziplin beibringen will oder den Bedürfnissen der älteren Generation gerecht zu werden. Für uns ist klar das zweite wichtiger und deshalb vorrangig. Wir stimmen der Vorlage inhaltlich zu. Die CVP-Fraktion unterstützt die Anträge der Finanzkommission.

Dr. Charles Meier: Wir haben ein dickes Telefonbuch von einem Budget und wir müssen uns überlegen, wo wir Geld sparen können. Eine Möglichkeit ist beim Stellenplan. Dort müssen wir ganz konsequent sein. Mit diesem schönen Konzept will uns der Gemeinderat erklären, was "Alter" ist. Die Gemeinde meint, dass die ältesten Leute nicht mehr selbständig sind und sich nicht mehr selber helfen können. Diese werden jedoch von Angehörigen unterstützt. Ich frage mich ernsthaft, ob man die Tätigkeiten all dieser ehrenamtlichen Organisationen überhaupt koordinieren kann und ob diese Stelle überhaupt die Kompetenz dazu hat.

Marie-Louise Reinert: Die Fraktion EVP/Forum 5430 folgt dem Antrag des Gemeinderates. Das meiste wurde bereits gesagt. Zum Nachtragskredit und zum Zeitpunkt: Ich mag mich daran erinnern, dass wir Geschäfte extra aus dem Budget rausgenommen haben, damit wir ausführlich darüber diskutieren können.

Zur Arbeitsbelastung: Im Rechenschaftsbericht habe ich gelesen, dass in der Sozialabteilung die Arbeitsbelastung stark zugenommen hat. Deshalb können die zusätzlichen Aufgaben nicht einfach dieser Abteilung zugeschoben werden. Die zusätzliche Stelle ist gerechtfertigt.

Zu den Stellenprozenten: Das Konzept zur Altersarbeit fordert ein 100 %-Pensum. Der Gemeinderat schlägt als politische machbare Lösung 70 % vor. Die Finanzkommission drückt das Pensum nochmals auf 50 %. Meiner Meinung nach benötigt es in einer Pilotphase, in der etwas neues aufgebaut wird, mehr Stellenprozente als nach der Aufbauarbeit. Wieso nimmt die Finanzkommission die vorliegenden Konzepte nicht ernst? Wieso werden die Vorschläge des Gemeinderates nicht ernstgenommen? Ich habe das Gefühl, hier läuft ein Mechanismus ab. Der einen Seite ist es zu viel, die andere nimmt die Fachleute nicht ernst, und das führt dazu, dass das Stellenpensum halbiert wird. Die Folge daraus ist ganz einfach, dass künftig eigentlich doppelt so viel vorgeschlagen werden müsste.

Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates.

Monica Benz: Es wurde vorher von Frau Ryf erwähnt wurde, dass die regionale Fachstelle die Bedürfnisse von Wettingen nicht abdecken kann. Es interessiert mich nun, in wie weit sich unsere Bedürfnisse von denjenigen der anderen Gemeinden, welche der regionalen Fachstelle angeschlossen sind, unterscheiden.

Gemeinderätin Yvone Feri: Vielen Dank für die grundsätzlich positive Aufnahme dieses Geschäftes. Ich nehme gerne zu ein paar Punkten Stellung.

Der Zeitpunkt der Antragsstellung wird überall angezweifelt und der Gemeinderat etwas angeschwärzt. Dazu kann ich folgendes sagen: Nach den Sommerferien war das Geschäft noch nicht bereit. Auf die Sitzung im Oktober wollte der Gemeinderat das Geschäft aber auch nicht bringen, da diese bereits genügend ausgelastet war. Deshalb hat man es für die heutige Sitzung traktandiert. Es ist vielleicht nicht die feine Art, aber es ist korrekt. Es war dem Gemeinderat ein Anliegen, dass über dieses Geschäft diskutiert wird, damit der politische Wille klar hervorgeht. Deshalb wurde der Betrag auch nicht einfach ins Budget reingepackt. Der Gemeinderat wurde kritisiert, dass sei ein Gehetz. Es ist sicher kein Gehetz. Die beiden Postulate liegen schon lange auf dem Tisch. Es wurde im Hintergrund gearbeitet und diskutiert. Auch der Gemeinderat hat mehrmals über das Geschäft beraten.

Die Bedürfnisse der Gemeinde Wettingen werden mit der regionalen Fachstelle nur zum Teil gedeckt. Wir haben das Angebot der Fachstelle genau geprüft und unsere Bedürfnisse analysiert. Die regionale Fachstelle ist vor allem eine Info- und Triagestelle. Sie leistet Öffentlichkeitsarbeit, führt das Sekretariat für das Altersforum und gibt zwei Mal im Jahr eine Infobroschüre heraus. Von unserer Seite bestehen zusätzliche Bedürfnisse. Ich nenne nur einige. Der ganze Bereich der Freiwilligenarbeit wird durch die regionale Fachstelle nicht abgedeckt. Wenn der Einwohnerrat nun nein sagt zu dieser Fachstelle, müssen wir uns überlegen, wie wir diese Bedürfnisse anderweitig abdecken und dieses Postulat erfüllen können. Weiter werden Bedürfnisse des Gemeinderates, sprich die fachliche Begeitung bei Altersfragen, mit der regionalen Stelle nicht abgedeckt. Die Gemeinde ist in verschiedenen Institutionen vertreten, beispielsweise in der Spitex, im RPB etc. Diese Aufgaben werden heute durch verschiedene Personen wahrgenommen. Die Sozialabteilung hat nicht die notwendige Fachlichkeit im Pflegebereich. Eine kommunale Fachstelle würde allen Institutionen und dem Gemeinderat nützen und das ganze professionalisieren.

Durch das neue Pflegegesetz kommen neue Aufgaben auf uns zu. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Wir haben die Aufgabe, genügend Pflegeplätze zur Verfügung zu stellen und die verschiedenen Tätigkeiten zu koordinieren. Auch durch das Gesundheitsgesetz, welches sich zurzeit in Vernehmlassung befindet, kommen neue Aufgaben in diesem Bereich auf uns zu. Wir haben niemanden in der Verwaltung, der für die Altersfragen zuständig ist. Wir haben eine Kurzanalyse über die Altersarbeit in Wettingen erstellen lassen. Dieses Dokument konnte in der Aktenaufgabe eingesehen werden. Es werden verschiedene Handlungsempfehlungen abgegeben. Die Hälfte davon kann durch die Regionale Fachstelle abgedeckt werden, die andere Hälfte nicht.

Zu den Kosten. Der Beitritt zur regionalen Fachstelle kostet uns auf Basis von 18'000 Einwohner Fr. 62'000.00 jährlich. Wobei dieser Beitrag nun sicher höher sein wird, da wir inzwischen über 19'000 Einwohner haben. Zusätzlich kommt ein einmaliger Startbeitrag von Fr. 7'000.00. Die Kosten für das Altersforum von über Fr. 3'000.00 sind dabei noch nicht berücksichtigt. Die Differenz zu unserem Antrag ist nicht so gross, aber, wie bereits gesagt, werden nicht alle unsere Bedürfnisse abgedeckt. Die anderen Gemeinden sind natürlich daran interessiert, dass wir uns an der regionalen Fachstelle beteiligen, weil dadurch ihr eigener Beitrag sinken würde. Baden könnte beispielsweise ca. Fr. 10'000.00 einsparen. Die anderen Gemeinden haben nicht die gleichen Voraussetzungen und Bedürfnisse, da sie zum Teil massiv kleiner sind als wir. Aufgrund unserer Grösse können wir eine eigene Fachstelle betreiben. Dies heisst aber nicht, dass wir uns von den verschiedenen Institutionen, dazu gehören auch die anderen Gemeinde sowie die regionale Fachstelle in Baden, absondern.

Zu den Anträgen der Finanzkommission: Mit der Verlängerung der Pilotphase auf 4 Jahre können wir uns anfreunden, nicht aber mit der Reduktion auf 50 Stellenprozente. Dadurch können die Aufgaben nicht im notwendigen Mass geprüft werden.

Sollte die gesamte Vorlage abgelehnt werden, müssen wir genau prüfen, wie wir die bestehenden Postulate erfüllen können. Diese werden sicherlich nicht einfach unerledigt abgeschrieben.

Ich bitte Sie, den Anträge des Gemeinderates zuzustimmen.

Abstimmung

Der Ablehungsantrag der SVP und FDP wird mit 14 : 30, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

Der Antrag der Finanzkommission und der CVP wird gegenüber dem gemeinderätlichen Antrag grossmehrheitlich angenommen.

Der Einwohnerrat fasst mit 27 : 18, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

1. Für die Dauer einer vierjährigen Pilotphase (2008-2011) wird der Stellenplan zur Schaffung einer kommunalen Koordinations- und Informationsstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit um 50 % erhöht.
2. Für das Jahr 2008 wird ein Nachtragskredit von Fr. 61'500.00 bewilligt.
3. Im Übrigen wird vom vorliegenden Konzept für eine kommunale Koordinations- und Informationsstelle für Altersfragen und Freiwilligenarbeit sowie den jährlich wiederkehrenden Kosten Fr. 69'500.00 für die Dauer der Pilotphase ab dem Jahr 2009 Kenntnis genommen.

6. Motion Dr. Charles Meier und Mitunterzeichnete vom 28. Juni 2007 betreffend Anpassung der Entschädigung des Einwohnerrates

Dr. Charles Meier: Sie haben meine Motion sicher gelesen oder vielleicht wenigstens den recht gehässigen Kommentar von Herrn Minder in der AZ mit der grossen Foto einer hohlen Hand (es war nicht meine eigene). Ich kann Ihnen auch bestätigen, dass ich bei der Gemeinde Wettingen nie die hohle Hand gemacht habe. Ich könnte aber behaupten, die Gemeinde habe mich und viele andere Wettinger Grundeigentümer finanziell massiv geschädigt und eine Planung zerstört, an welcher ich 15 Jahre mitgearbeitet habe. Ich habe den Aufwand auch nicht berechnet, den es brauchte, um nach meiner Rückkehr in meine Wettinger Heimat während 10 Jahren kämpfen zu müssen, um vor meinem Haus eine Garage bauen zu können. Wenn das alles einklagbar wäre, könnte ich von der Gemeinde verlangen, mir die in den letzten 30 Jahren bezahlten Steuern zurückzuerstatten.

Ich habe rund 5 1/3 Jahre als Grossrat und seit Januar 1990, also fast 17 Jahre als Einwohnerrat amtiert. Zu meinem Honoraransatz im Erwerbsleben gerechnet haben mich diese politischen Mandate als selbständig Erwerbender über 300 000 Franken gekostet. Ich lasse mir somit den Vorwurf von AZ-Berichterstatter Minder, ich mache die hohle Hand bei der Gemeinde nicht gefallen. Diese Art von Berichterstattung führt dazu, dass sich immer weniger Leute zu Voten melden und das Risiko, im Pressebericht negativ abgehandelt zu werden, nicht auf sich nehmen.

Den Inhalt meiner Motion kennen Sie bereits und ich möchte ihn nicht wiederholen. Ich stelle nur fest, dass auch für den Einwohnerrat die alte Weisheit gilt, „was nichts kostet, ist nichts wert“. In Relation zum Budgetaufwand der Gemeinde sind die Kosten des Einwohnerrates de facto belanglos. Andererseits aber hat die Arbeit des Einwohnerrates hohe Kostenfolgen, pro Jahr ca. 95 Millionen bzw. 1.9 Millionen pro Einwohnerrat. Jetzt können Sie selbst ausrechnen, ich glaube es sind in etwa 1/19 Promille des Gemeindeaufwandes pro Einwohnerrat. Macht er oder sie seine/ihre Arbeit schlecht, kommt es den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern teuer zu stehen, wie die jährliche Steuerrechnung zeigt.

Ich bin enttäuscht von der irreführenden Stellungnahme des Gemeinderates. Der Quervergleich mit den anderen Gemeinden des Kantons, neudeutsch mit Benchmarking bezeichnet, zeigt lediglich, dass diese Gemeinden die Einwohnerräte zum Teil noch schlechter bezahlen. Und sie zeigt meines Erachtens auch die geringe Wertschätzung des Gemeinderates gegenüber dem eigenen Parlament. Ich respektiere aber den Entscheid, dass der Einwohnerrat in dieser Sache selber entscheiden muss, also Sie, meine verehrten Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ich gebe auch zu, dass meine Motion zu spät kommt und dass ich mich schon im Januar bei der Festsetzung der Entschädigungen hätte wehren müssen. Wenn ich die Motion trotzdem gebracht habe, dann darum, weil ich bei der nächsten Amtsperiode mit Sicherheit nicht mehr dabei sein werde. Meine Tätigkeit im Einwohnerrat geht in naher Zukunft zu Ende. Sie entscheiden somit nicht über meine Entschädigung, sondern über Ihre, meine sehr geschätzten Ratskolleginnen und Ratskollegen. Sie entscheiden darüber, ob Sie im Vergleich zu den zahlreichen Gemeindelieferanten, Architekten, Ingenieuren, Notaren und Rechtsanwälten, welche von der Gemeinde ohne Murren zu Verbandstarifen bezahlt werden, weiterhin für eine Entschädigung arbeiten wollen, die knapp 40 % des Lohnes einer Raumpflegerin beträgt. Im Übrigen erinnere ich Sie daran, dass auch auf Kantonsebene eine Anhebung der Entschädigungen der Grossräte (um Fr. 50.00 bzw. 50 % pro Sitzung) sowie der Regierungsräte und der Oberrichter auf der Liste der pendenten Geschäfte figuriert.

Meine Stundenlohnberechnung geht natürlich davon aus, dass eine Einwohnerrätin oder ein Einwohnerrat nicht nur minimalen Einsatz leistet und auf Fraktions- bzw. Präsidentenkommando aufsteht und absitzt, wie das leider Viele in diesem Saale machen. Sie geht davon aus, dass eine Einwohnerrätin oder ein Einwohnerrat sein/ihr Mandat ernst nimmt und für seine Wählerinnen und Wähler einsteht. Das heisst Aktenstudium, Teilnahme an der Fraktionssitzung und aktives Mitwirken im Rat und das alles immer nach Feierabend, wo z.B. in den meisten Handwerkerberufen massive Ueberzeitzuschläge bezahlt werden müssen. Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie nicht darüber, wie viel Charles Meier am Jahresende bezahlt bekommt, sondern darüber, wie viel Ihre Arbeit im Einwohnerrat und die damit verbundenen Freuden, wie z.B. die Berichtserstattung in der Aargauer Zeitung, Ihnen wert ist. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Die Festlegung der Einwohnerratsentschädigung ist Sache des Einwohnerrates. Der Gemeinderat hat sich daher darauf beschränkt, Vergleichszahlen zu unterbreiten. Der Entscheid liegt nun beim Einwohnerrat.

Holger Czerwenka: Ich möchte mich als amjtüngster Einwohnerrat zu diesem Geschäft äussern. Es bestimmt natürlich jeder gerne über seinen eigenen Lohn. Dies geschieht im Normalfall zu Beginn einer Amtsperiode. Die Fraktion EVP/Forum 5430 möchte daher anregen, die Motion in diesem Sinne zu überweisen, dass eine Erhöhung zu Beginn der nächsten Legislatur geprüft wird.

Thomas Meier: Die Begründung von Charles Meier haben einige Punkte, die wir nachvollziehen können. Das Amt als Einwohnerrat ist ein politisches Ehrenamt und die Entschädigung pro Stunde liegt wahrscheinlich wirklich an der unteren Grenze. Nur um an diesem Umstand wirklich etwas zu ändern, braucht es nicht eine Veränderung von ein paar Prozent nach oben, sondern eine massive Lohnerhöhung etwas bis zu einem Stundenlohn von Fr. 40.00 bis 50.00. Ob eine solch hohe Entschädigung sinnvoll wäre, ist die eine Frage. Die andere Frage ist, ob unsere Nachfolger in zwei Jahren diese Erhöhung weiter mittragen werden. Vom Ablauf her, werden die Entschädigungen alle vier Jahre festgelegt. Es liegt kein ausserordentlichen Grund vor, um von diesem Turnus abzuweichen. Die Motion soll daher abgelehnt werden. Die CVP-Fraktion erwartet aber einen Antrag für die neue Amtsperiode über die Höhe der Entschädigung. Dieser müsste fundiert begründet und mit den Fraktionen vorgängig besprochen sein. Dann haben wir die Möglichkeit, darüber zu entscheiden. Die politische Arbeit des Parlamentes wird leider zu wenig geschätzt. Wir können uns aber nicht mit Politikern in Exekutivämtern vergleichen.

Leo Scherrer: Als eines der amtsältesten Mitglieder im Rat habe ich das Privileg, von einer allfälligen Erhöhung der Entschädigung in der nächsten Amtsperiode nicht mehr zu profitieren. Ich werde mir aber erlauben, der Motion zuzustimmen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 30 : 11, bei 5 Enthaltung, folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Motion Dr. Charles Meier und Mitunterzeichnete vom 28. Juni 2007 betreffend Anpassung der Entschädigungen des Einwohnerrates wird abgelehnt.

7. Auflösung Gemeindeverband Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung Bezirk Baden

Vizeammann Heiner Studer: Ich kann mich kurz fassen. Diesen beiden Geschäften kann man nur zustimmen. Die beiden Gemeindeverbände gibt es nicht mehr; die Aufgaben wurden einer neuen Trägerschaft zugeführt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Auflösung des Gemeindeverbandes Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung Bezirks Baden wird zugestimmt

8. Auflösung Gemeindeverband Schulpsychologischer Dienst Bezirk Baden

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Auflösung des Gemeindeverbandes Schulpsychologischer Dienst des Bezirks Baden wird zugestimmt

Schluss der Sitzung: 23.00 Uhr

Wettingen, 10. Januar 2008

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates
Präsident**

Werner Wunderlin

Protokollführerin

Sibylle Hunziker